Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 150. Mittag-Ausgabe. Sechszigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Sonnabend, den 29. März 1879.**

Deutschland.

0. C. Reichstags-Verhandlungen.

28. Sitzung vom 28. März.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: Hofmann, v. Kamele, Michaelis u. A.

Präsident v. Forckenbeck theilt den Wortlaut der Adresse mit, welche der Gesammtvorstand des Reichstages am 22. d. M. an Se. Majestät den Kaiser gerichtet hat:

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser und König,
Allergnädigster Kaiser, König und Herr!

An dem heutigen Tage, welcher Glück- und Segenswünsche ohne Zahl aus allen deutschen Gauen zu dem Throne des Kaisers bringt, erfreuen wir uns des hohen Glückes, Ew. Majestät den Ausdruck gleicher Empfindungen im Namen des deutschen Reichstages in tiefster Ehrfurcht übermitteln zu dürfen. Gottes allmächtige Hand möge auch ferner, wie sichtlich seither, in Gnaden über dem erhabenen, theuren Haupte walten, dem die deutschen Herzen in Liebe und Verehrung unwandelbar zugethan sind.

In tiefster Ehrfurcht
Ew. Kaiserl. und Königl. Majestät allerunterthänigster und treugehorsamster Gesammtvorstand des Reichstages.

Darauf hat Se. Majestät der Kaiser an den Gesammtvorstand des Reichstages folgendes Antwortschreiben erlassen: „Die Mir im Namen des Reichstages an Meinem Geburtstage übermittelte Adresse habe Ich mit Befriedigung entgegengenommen. Ich danke dem Reichstage für die Meinem Herzen wohlthuenden Kundgebungen der Theilnahme und Anhänglichkeit, welche in den Mir dargebrachten Glückwünschen aufs Neue ihren Ausdruck gefunden haben, und bedauere, daß Ich dieselben in diesem Jahre nicht, wie früher, persönlich habe entgegennehmen können. Berlin, den 23. März 1879. gez. Wilhelm."

Das Haus tritt in seine Tagesordnung ein und zwar nach definitiver Genehmigung des Gesetzentwurfs wegen Abänderung der die Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds betr. Gesetze in die dritte Berathung des Etats, die mit einer Generaldiscussion beginnt.

Abg. Dr. Bamberger: Meine Herren, der Etat, von dem wir uns heute auf Nimmerwiedersehen trennen, würde zu gelegener Zeit wohl eine Grabrede verdient haben und auch ohne die Vorschrift „de mortuis nil nisi bene" könnte man von dem in letzter Zeit so viel verläumdeten mehr Gutes sagen, als im Augenblick verbreitet ist. Ich fürchte, daß wir uns einst schmerzlich an die schützenden Grundsätze der Sparsamkeit und vorsichtiger Beschlußfassung erinnern werden, nach denen er zu Stande gebracht worden ist. Aber wichtiger, ja unerläßlich erscheint es mir, über das zu sprechen, was die nächste Zukunft bezüglich dieses Etats vorbereitet, der in naher Zeit wieder von uns zerstört werden soll. Im Begriff, uns von dem bisherigen Geschäftsgange zu trennen und alsbald an die größte Aufgabe heranzutreten, die jemals in der wirthschaftlichen und parlamentarischen Geschichte einem Volke aufgegeben worden ist, darf uns wohl bange werden beim Hinblick auf die Vorbereitungen, mit denen wir an diese riesige Arbeit gehen und rechtfertigt ein Wort der Warnung, sie nicht zu leicht zu nehmen, an diejenigen gerichtet, die noch für Mahnungen Gehör haben.

Die Aufgabe, die unserer wartet, zerfällt in zwei Theile, deren einer, die Reform der Reichsfinanzen, schon seit längerer Zeit im Geiste vorbereitet und gewissermaßen für die Nation und ihre Vertretung im Princip erledigt ist. Von den tief eingreifenden Veränderungen in der Zollgesetzgebung kann dasselbe nicht gesagt werden. Zwar hat die öffentliche Discussion einzelne Materien schon seit Jahren angegriffen und tapfer vertheidigt, aber an die von Grund aus umstürzende Politik, die seit einigen Monaten zu allgemeiner Ueberraschung vorbereitet ist, hat Niemand denken können. Im Gebiet der Finanzreform ist wenigstens ein Object so approfondirt worden, daß man es bei genügender Zeit zu nachträglicher Prüfung gewissenhaft erledigen könnte: das ist der Tabak. Das Material ist zwar etwas rasch, aber doch so reichlich zusammengetragen, daß 3—4 Wochen Ferien und acht Wochen parlamentarischer Thätigkeit, auf die man höchstens rechnen darf, für diese hochwichtige Materie, ihre Prüfung und Erledigung, allenfalls ausreichen würden.

Aber der Reichstag soll außerdem die ganze Reihe der Finanzvorlagen, welche das sog. Heidelberger Programm bilden, untersuchen, ohne dieses Programm und die ihm zu Grunde liegenden Anschauungen der Regierungen und ihre Vorstudien zu kennen. Und völlig unvorbereitet steht er den Zollaufgaben gegenüber, in Betreff deren ihm die Vorbereitungen und das Material fehlen, die sonst eine Vorlage begleiten. Ich mische mich nicht in die Geschäftsführung des Bundesrathes, wie ich von ihm erwarte, daß er die dem Reichstag zustehenden Competenzen respectirt; aber er zwingt uns zur Lösung der schwierigsten Aufgaben, ohne daß wir hoffen dürfen, in den wenigen Wochen, die uns von ihr trennen, dazu vorbereitet zu sein. Die Einsetzung der Tarifcommission außerhalb des Rahmens des Bundesraths und der gewohnten Factoren der Gesetzgebung war ein vollkommenes Novum, ohne Vorgang in der Geschichte des Reiches, ein hors d'oeuvres durch und durch, ernannt zum Theil von einzelnen dazu aufgeforderten Bundesstaaten, zum Theil vom Herrn Reichskanzler. Welche Garantien unparteiischer und sachverständiger Untersuchung bietet diese Commission? Dieser und jener Vertreter von Bundesstaaten kann als Sachverständiger gelten, aber einzelne Herren haben, wie ich, ohne Jemand zu verletzen, sagen darf, ihre Ernennung zu Kennern der Volkswirthschaft aus den Händen des Herrn Reichskanzlers erhalten. Diese Commission hat nun mit gebundener Marschroute in drei Monaten Industrie, Landwirthschaft, Handel, aus- und inländische Beziehungen durchgenommen und einen Tarif aufgestellt. Ich möchte ihre Mitglieder nicht auf das Gewissen fragen, ob sie in diesen drei schwer belasteten Monaten auch nur die 1600 Seiten der Eisen- und Baumwollenenquete durchzustudiren im Stande waren. Wer da weiß, was es heißt, den ganzen wirthschaftlichen Apparat nach 20jähriger Praxis umzuspannen und in neue Bahnen zu lenken, wer die Verantwortung für die Zerstörung der gebahnten Wege und das Hineindrängen der Nation in neue ermißt, der muß sagen, daß diese Arbeit in Pausch und Bogen abgefertigt ist und die Materie dem Reichstage nicht spruchreif vorgelegt wird.

Zuvor soll sich aber erst noch der Bundesrath schlüssig machen, auf dessen weise, unbefangene, staatsräthliche Thätigkeit hier nicht zu hoffen ist, da dem Vernehmen nach die Absicht bestehen soll, den Gegenstand nicht in die Ausschüsse zu verweisen, wie es sonst bei der geringfügigsten Vorlage geschieht, sondern im Plenum sehr rasch durchberathen zu lassen. Für das Parlament wird es von großer Wichtigkeit sein, zu hören, ob bezüglich derjenigen Vorlage, welche die gründlichste Prüfung erheischt, von der gewöhnlichen und ordnungsmäßigen Behandlungsform abgewichen und eine grundstürzende Veränderung im wirthschaftlichen Leben der Nation in der raschen und übersichtlichen Thätigkeit einer Plenarversammlung erledigt werden soll. Geben wir uns keinen Illusionen hin! Wahrscheinlich sind diese Dinge schon in der Hauptsache als abgeschlossen anzusehen und nicht mehr zu ändern. Den Ausschlag gab die Meinung des Reichskanzlers. Hätte er sich nicht zu dem Gedanken erhoben, daß er berufen sei, die wirthschaftliche Ordnung des Reiches in raschen Zügen umzugestalten und daß in der rückwärts liegenden Tendenz des Schutzzolls und der Staatsallmacht der Weg des Heiles liege, — kein Mensch in Deutschland hätte es für thunlich gehalten, uns wieder mit Getreide-, Holz-, Vieh- und allgemeinen Eingangszöllen heimzusuchen. Nicht als ob die Dinge so kommen, wie er will und befiehlt, und als ob er so allmächtig wäre, wenn er morgen auf Freihandel fiele, wie er heute auf Schutzzoll gefallen ist, die Nation und die Regierungen nach Belieben wieder mit sich zu ziehen. Das hat er wohl nicht so ganz in der Hand. Wahr ist, daß er sich eine in der ganzen Welt vorhandene Strömung angeeignet hat, mit der verbunden seine enorme Autorität und sein bloßer Wille den Geistern eine vor Kurzem noch sehr fern liegende tief eingreifende Umgestaltung nahe zu bringen vermochte. Aber gerade aus diesem Umstande, daß der Herr Reichskanzler aus Gründen, die noch sein Geheimniß sind, sich dieser Strömung zuneigte und sie zu seinem Programm machte, läßt sich einfach beweisen, daß der Weg, den wir betreten sollen, aus dem Irrthum in den Irrthum führt.

Die Klagen, die den Herrn Reichskanzler der jetzt herrschenden Modepolitik zugeführt haben, rühren davon her, daß jedes Land sich durch das andere geschädigt glaubt, weil es dem anderen etwas abkauft. Heute bestreitet Niemand mehr den allgemeinen, von jeder Handelspolitik unabhängigen Charakter der wirthschaftlichen Krise, wenn das Musterland der Blüthe und des Schutzes der nationalen Industrie, Frankreich, unter einem schwereren Nothstand leidet als Deutschland, sondern alle Welt erkennt als ihren Grund die Ueberproduction, die Jahre und zwar sehr peinliche Jahre braucht, um sich mit dem normalen Verhältniß von Angebot und Bedürfniß in Uebereinstimmung zu setzen. Die kurzlebige Welt hat vergessen, wie vor wenigen Jahren durch eine übermäßige Nachfrage gesündigt wurde, die dem Arbeiter die Herrschaft über das Bedürfniß der Industrie gab und der socialistischen Bewegung reichlichere Nahrung zuführte als jemals die Noth. Alle Zweige der wirthschaftlichen Thätigkeit haben gelitten, nicht etwa einzeln, weil sie angeblich zollbedürftig sein sollen. Sind denn die Preise der anderen Metalle nicht in demselben Verhältniß gefallen, wie der des Eisens; die Bauindustrie ist doch gewiß ganz unabhängig von der Handelspolitik, Häuser werden nicht aus England und Amerika importirt, Backsteine ebensowenig. Gleichwohl hat man seiner Zeit das Bedürfniß überschätzt und Häuser gebaut für Menschen, die nicht da waren, in Berlin für Menschen, die nicht in Berlin wohnen wollten, und der Mangel an Schutzzoll soll der Grund sein, daß sie leer stehen.

M. H., nationale Arbeit, die jetzt wieder einmal das beliebte Stichwort ist, ist auch die des Käufers eines Gegenstandes, und wenn wir einen Mann zwingen, 9 Stücke Holz zu kaufen, wo er früher 10 kaufen konnte, so nehmen wir ihm ein Stück weg und der Schutzzoll ist nichts als der restaurirte Zehnte, nur daß die Industrie in die von der Aristokratie verlassene Machtstelle eingerückt ist und sich ihr Privilegium zugelegt hat. Die nationale Arbeit des Käufers, der für sein Geld weniger Waare bekommt, ist eben so heilig als die des Verkäufers, der in den Stand gesetzt werden soll, ihm weniger Waare zu geben. Ob von der billigeren Waare des Auslandes ein Zoll erhoben oder ein Theil der Waare weggenommen wird, ist genau dasselbe: als Davoust in Danzig commandirte, enorme Zölle u. a. auch auf Hölzer auferlegt waren und die Importeure in jener Zeit, als Geld sehr theuer war, die Zölle nicht baar bezahlen konnten, wurde verordnet, daß der Zollbehörde von 10 Stangen 9 abgegeben werden mußten. Das ist der Schutzzoll in seiner wahren Natur und die Sache bleibt dieselbe, mag man ihn in Geld umwandeln oder nicht. Unter der Herrschaft des Stichwortes der nationalen Arbeit dringt die Stimme der mächtigsten geld- und einflußreichsten Industrien am leichtesten durch; die bescheiden schweigen, werden weniger gehört und so wird die Einseitigkeit durch Begünstigung einzelner Branchen gefördert. Dasselbe geschieht für gewisse Gruppen, die in der Position sind, sich Gehör zu verschaffen. So genießt die Provinz Schlesien in letzter Zeit eine priviligirte Stellung in Bezug auf ihre „Nationalindustrie", zuerst für ihre Trauben, dann für ihr Holz und ihre Kohlen, neuerdings für ihren Zink, doch verlief dieser letzte Versuch glücklicherweise im Sande. Plötzlich verordnete nämlich der preußische Handelsminister, daß schlesisches Zink nach den Rheinlanden zu ungemein billigen Tarifsätzen befördert werden solle.

Nun remonstrirten die rheinischen Zinkgrubenbesitzer und Fabrikanten und erhielten die Antwort, daß Rheinland und Westfalen nicht Zink genug producirten, um das Ausland zu versorgen. Nun ist die Zinkindustrie in jenen Provinzen so groß und blühend, daß sie ihr Rohmaterial bis aus Spanien, ja aus dem Mormonenland bezieht. Diese den Weltmarkt beherrschende Industrie wollte man zwingen, ihr Material aus Schlesien zu beziehen unter dem Vorwande, daß sie sonst dem Bedürfniß Belgiens und Frankreichs nicht genügen könne. Zum Glück fiel das Interesse der rheinischen Eisenbahnen mit dem der rheinischen Zinkproducenten zusammen und die Ordonnanz wurde zurückgenommen. Aus diesem kleinen Beispiel mag man auf das schließen, was sich in Zukunft bei uns entwickeln wird, wenn wir, den französischen Spuren folgend, die Wege des Favoritismus betreten, der von diesen Schutzzollpatronagen unzertrennlich ist. Wurde doch bereits der Kupferzoll in der zweiten Berathung der Commission wieder fallen gelassen, nachdem die Eisenzölle gesichert waren. Ein Kupferproducent trat aus der Commission aus, weil ihm die Forderungen seitens der Eisenzollagitatoren zu stark erschienen im Vergleich zu dem, was für das Kupfer zu hoffen sei. Seine Collegen in der Branche blieben in der Commission, stimmten für die Eisenzölle und gingen für ihr Kupfer leer aus. Ich vermuthe, daß, wenn auch nicht in nächster Zeit, mit einigen neuen Zöllen, die ich nicht näher bezeichnen will, etwas Aehnliches vorgehen wird.

Zunächst müssen die Vertreter der bedrohten Industrien sich selbst regen, vor Allem die, die für den Export arbeiten und in dem Interesse, den Concurrenten nicht in ihr Geheimniß einzuweihen, sich ein ihnen selbst in diesem Falle nachtheiliges Schweigen auferlegen. Man erstaunt über die Mannigfaltigkeit gewerblicher Thätigkeit in Deutschland, die für das Ausland arbeitet. Wer von uns wußte noch vor wenigen Tagen, daß in Stuttgart eine Fabrication kleiner Apparate zur Buntweberei für Tricots besteht, die fast den ganzen Weltmarkt beherrscht. Jetzt wissen wir aus einem Bericht der dortigen Handelskammer, daß ein Schutzzoll auf das Rohmaterial jene Industrie geradezu umbringen würde. In derselben Lage befindet sich die Corsetfabrication in Göppingen, die nach der ganzen Welt exportirt u. s. w. Daher die Bitte an den Bundesrath in dieser letzten Stunde, die schweren Schritte, die jetzt vorbereitet werden, sachlich zu prüfen und uns das Material unparteiisch vorzulegen. Zwar wird, was in Zukunft geschieht, sich an den Namen des Reichskanzlers knüpfen; aber so groß und unsterblich er ist und wie mächtig sein Einfluß auch sein mag — wer an verantwortlicher Stelle steht, muß sich der Verantwortung für seinen Antheil an der vollständigen Umstellung des ganzen wirthschaftlichen Apparates der Nation gegenüber bewußt bleiben, (Beifall links.)

Reichskanzleramts-Präsident Hofmann: Die Vertreter der verbündeten Regierungen haben sich bei den verschiedenen Gelegenheiten, wo die wirthschaftliche Politik zur Sprache gekommen ist, versagt, darauf einzugehen, weil sie es für richtiger gehalten haben, in die Debatte erst dann einzutreten, wenn bestimmte Vorlagen gemacht sein werden, die einen Gegenstand der Beschlußfassung bilden können. (Sehr richtig! rechts.) Ich werde auch heute von der bisherigen Linie des Verhaltens nicht abweichen. (Beifall rechts.) Ich habe nur das Wort ergriffen, um die auch etwas zu früh kundgegebene Kritik des Abg. Bamberger über das Verfahren des Bundesraths zurückzuweisen. Der Vorredner hat an den Bundesrath die Forderung gestellt, er möge diese wirthschaftlichen Fragen mit Gründlichkeit prüfen und seine Beschlüsse erst fassen nach einer Berichterstattung der Ausschüsse, wie dies sonst zu geschehen pflege. Der Bundesrath würde danach handeln, wenn nicht die Tarif-Commission bereits die Function des Ausschusses übernommen hätte. Wenn wir jetzt die Arbeit der Tarif-Commission an einen Ausschuß verweisen wollten, so würde die Folge sein, daß die Beschlüsse des Ausschusses vielleicht in manchen Punkten von den Commissionsbeschlüssen abweichen. Da nun die einzelnen Positionen des Tarifs unter einander eng zusammenhängen, so müßte der Ausschuß die ganze Arbeit der Commission wieder von vorn anfangen, und wenn dann später das Resultat im Plenum des Bundesraths wieder abgeändert würde, so würde die Sache im Bundesrath von Neuem anfangen. Schon daß im Plenum eine Doppellesung stattfindet, verursacht eine kleine Verzögerung. Unsere Industrie leidet unter der Unsicherheit der augenblicklichen Zustände. Das können wir nicht ändern, denn wir befinden uns einmal in einem Uebergangszustande. Diesen Uebergangszustand möglichst abzukürzen, soweit dies mit der Förderung der Arbeit geschehen kann, ist Pflicht und Aufgabe der Regierung (Beifall rechts) und war Pflicht der Tarif-Commission. Wenn man von der Raschheit spricht, mit der die Commission ihre Arbeit vollendet hat, so sollte man dies nicht blos tadelnd erwähnen, sondern man sollte auch anerkennen, daß darin ein Vortheil liegt, weil damit die Hoffnung begründet wird, daß wir möglichst bald aus dem jetzigen Zustande der Ungewißheit herauskommen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (Hagen): Der Taktik der Regierung mag es ja entsprechen, so lange ihrerseits zu schweigen, bis alle Belagerungs-Arbeiten fertig sind und sie zum Sturm mit ihren Vorlagen kommen kann. Wir aber wollen von unserem Standpunkt die entgegengesetzte Taktik innehalten, im Lande das volle Bewußtsein erwecken von den großen Gefahren, welche die wirthschaftlichen Grundlagen der Nation bedrohen. Wir haben um so weniger Ursache, die bisher innegehaltene Taktik zu ändern, je vortheilhafter die bisherigen Debatten für uns ausgefallen sind und das Uebergewicht unserer sachlichen Ausführungen für Jedermann klargestellt haben. Ich habe auf den ganzen Bundesrath überhaupt niemals so viel gegeben, wie der Abgeordnete Bamberger, und konnte daher auch keine Enttäuschung erfahren. Den Abgeordneten Windthorst (Meppen) aber, dem das Stimmverhältniß der Mittelstaaten im Bundesrath so sehr am Herzen liegt, möchte ich darauf aufmerksam machen, wie wenig eine solche Tarif-Commission einen Bundesrathsausschuß ersetzen kann. In der Tarif-Commission war der Reichskanzler durch sechs unter dreizehn Stimmen vertreten, im Bundesrathsausschuß hat Preußen nur eine Stimme wie jeder Mittelstaat, um hier in dem Vorbereitungsstadium eine sachlich gleichmäßige Vertretung der verschiedenen Staaten und ihrer Interessen zu ermöglichen. Der Minister Hofmann meinte, daß, wenn ein Bundesrathsausschuß bei seiner anderweitigen Zusammensetzung eine Prüfung nach der Tarif-Commission übernähme, derselbe zu abweichenden Ergebnissen kommen könne, so scheinen mir doch die Beschlüsse der Tarif-Commission auf sehr wackeligen Füßen zu stehen, wenn ein etwas verändertes Collegium gleich zu anderen Ergebnissen gelangt. Das läßt mich auch hoffen, daß, wenn die Beschlüsse der Tarif-Commission erst hierhin und in die Oeffentlichkeit kommen, es uns bei kräftiger und nachhaltiger Gegenwehr gelingen wird, überall Breschen in das System zu legen.

Allerdings lastet jetzt eine große Unsicherheit auf allen Erwerbsverhältnissen. Eine solche Stagnation des Verkehrs ist noch nicht dagewesen, wie jetzt; die Bank hat ihren Disconto, was noch niemals dagewesen, bis auf 3 Procent herabgesetzt und macht doch keine Geschäfte. Vor einiger Zeit konnte man glauben, daß die Pestgefahr daran Schuld sei; jetzt stellt sich immer mehr heraus, daß der Kanzlerbrief die beabsichtigte Umgestaltung aller Zollverhältnisse eine normale Belebung der Geschäfte verhindert. Aber täuschen Sie sich nicht darin, zu glauben, daß mit Annahme der Zollvorlagen Ruhe und Sicherheit wiederkehren wird; gerade weil solche Vorlagen nicht mit der sonstigen Gründlichkeit vorbereitet und sachlich behandelt werden, haben sie selbst nach ihrer Annahme keine Aussicht auf Bestand. Noch weit mehr Kraft, als solchen Tarif einzuführen, wird dazu gehören, ihn aufrecht zu erhalten. Nach Annahme der Vorlagen wird der Kampf nicht aufhören, sondern als ein neuer Culturkampf im Interesse der Umkehr zu gesunden Grundlagen der Wirthschaftspolitik erst recht beginnen. — Ich muß noch einige Bemerkungen an die Etatsberathungen selbst anschließen. Meine Voraussicht bei der ersten Lesung hat sich erfüllt. Das Deficit von 14 Millionen Mark ist bis auf 3 Millionen Mark ausgeglichen, welche auch hätten erspart werden können, wenn es nach uns gegangen wäre. So ist es uns denn 6 Jahre hindurch trotz magerer Zeiten gelungen, bei eingehender Budgetprüfung die Matricularbeiträge wesentlich auf gleicher Höhe zu erhalten, indem wir die erhöhten Forderungen der Regierungen hieran und an neuen Steuern innerhalb der 6 Jahre um zusammen 90 Millionen Mark verkürzten. Die Verwaltung hat darunter nicht gelitten, ist im Gegentheil vielfach noch zu reichlich dotirt worden. Die finanzielle Ordnung ist nicht gestört; im Gegentheil giebt es noch manche überflüssigen Bestände. Gerade Unbefangene müssen sich angesichts dessen überzeugen, daß wir uns so noch einige Zeit behelfen können, bis mit Besserung der allgemeinen Verhältnisse die natürliche Steigerung der vorhandenen Einnahmequellen die Mittel bietet zu einer Ermäßigung der Matricularbeiträge und einer Erleichterung der Einzelstaaten, welche diese alsdann auch aus der Steigerung der eigenen Einnahmen erfahren. Wir haben uns bestrebt, die bis dahin von den Anschauungen der Milliardenzeit geleiteten Verwaltungen wieder mit mehr haushälterischem Sinn zu erfüllen; jetzt sollen die Matricularbeiträge abgeschafft werden, deren Festsetzung die Handhabe für unsere Finanzpolitik gewesen ist.

Allerdings mögen die Verwaltungen die Bedeutung des Geldbewilligungsrechts und der Matricularbeiträge unbequem empfunden haben; darum scheint mir die Finanzpolitik der Regierung jetzt nicht blos darauf gerichtet, mehr Geld zu bekommen, sondern auch durch Einführung dauernder Steuern unser Geldbewilligungsrecht thatsächlich seiner Bedeutung zu entkleiden. So erkläre ich es mir auch, daß sich die Forderung der Regierung auf mehr Steuern angesichts des Ergebnisses der Etatsberathung nicht vermindert, sondern gesteigert hat. In diesem Augenblicke wird das Land beunruhigt durch eine Tabaksteuervorlage, welche eine so exorbitante Belastung des Tabaks herbeiführt, wie sie wohl von keiner Seite erwartet wurde. Erachtete man doch schon im Vorjahre die 42 Mark Zoll, welche Camphausen verlangte, auf dem Boden der Gewichtsbesteuerung als zu weit gehend. Nun will man gar 60 oder 70 Mark Zoll einführen. Derselbe fällt gleichmäßig auf die Cigarre von 2½ oder von 30 Pf. Das Pfund Rauchtabak wird um 70 Pf. höher belastet, mag es sonst 25 Pf. oder 3 Mark kosten. Da jetzt im Detailpreis das Pfund Rauchtabak nur einen Werth von 60 Pf. im durchschnittlichen Consum hat, muß der Preis also hier auf mehr als das Doppelte steigen. Procentual stärker fällt die Steuerlast auf die geringeren Sorten und die ärmeren Klassen der Consumenten. Die Tabaksfabrikate im deutschen Verbrauch haben einen jährlichen Verkaufswerth im Detail von 300 Millionen Mark; die Regierungsvorlage selbst nimmt an, der Verbrauch wird sich in Folge erhöhter Steuern um ¼ vermindern, um 75 Millionen also wird sich der Erwerb aller am Tabaksgeschäft betheiligten Klassen vermindern; unter 140,000 Arbeitern in Tabaksfabriken, 12,000 größeren Handelsgeschäften muß ¼ den bisherigen Erwerb verlassen. Das projectirt man in einer Zeit, wo Jeder ohnehin froh sein muß, seinen bisherigen schmalen Erwerb zu behalten, so führt sich eine Wirthschaftspolitik ein, die angeblich den Erwerb vermehren und besser bezahlt machen will. 81,000 Landwirthe, wovon 76,000 diesseits der Elbe, bauten bisher ihren Tabak steuerfrei, das wird ihnen jetzt verboten und damit der Anbau unmöglich gemacht; so führt sich eine Wirthschaftspolitik ein, die vorgiebt, die Interessen der Landwirthschaft zu fördern.

Allerdings handelt es sich hier nur um kleine Leute, welche auf diese Weise die Arbeitskraft ihrer Angehörigen oder selbst altersschwachen Personen, wie es in der Enquete heißt, verwerthen. Aber mag die rechte Seite darüber sagen, was sie will, die Rücksichtslosigkeit, mit der man hier gegen die Tabaksindustrie vorgehen will, sticht grell ab gegen die Zartheit, mit welcher die großen Branntweinbrenner und Rübenzuckerfabrikanten behandelt werden. Man unterläßt die durch technische Rücksichten gebotene Reform, obgleich die gegenwärtige Form der Branntweinbesteuerung wesentlich nur 2—3000 großen Kartoffelbrennern im Osten zum Vortheil gereicht und obwohl statistisch nachweisbar seit der letzten gesetzlichen Feststellung die Branntweinsteuerlast in Folge veränderter Technik im Verhältniß von 7 : 4 gesunken ist. Die Einzelstaaten, sagt man, werden die Schankwirthe um so schärfer in Bezug auf den Branntweinabsatz besteuern. Warum bei den Wirthen das in kleinen Beträgen holen, was man besser bei den großen Brennern an der Quelle fassen kann? Diese Schankwirthe sind schon jetzt vielfach arme Leute und hoch mit Steuern belastet; bei ihnen hat man keinerlei Gewähr, daß eine Steuer gerade auf den Branntwein fällt und nicht anderweitig getragen werden muß. Man spricht von einem sog. Kampf gegen die Verbreitung des Alkoholismus, will dagegen sogar neue Gesetze machen und schickt sich doch gleichzeitig an, Steuern auf Kaffee und Bier zu erhöhen, die bei billigen Preisen als Getränke dem Branntweingenuß wirksamer entgegenwirken, als es irgend ein Polizeigesetz vermag. Wir machen hier ein Gesetz gegen Verfälschung der Lebensmittel und setzen gleichzeitig durch Steuerbelastung auf unverfälschte Lebensmittel aller Art Prämien auf die Verwendung von Surrogaten. Solche Finanzpolitik, welche einfach auf Plusmacherei hinausgeht und nicht die Spur einer Reform an sich trägt, läßt sich allerdings nur durch die Zugmittel des Schutzzollsystems verwirklichen.

Der Reichskanzler ist ja offen genug, es auszusprechen, daß es ihm in erster Linie überall darauf ankommt, möglichst viel Geld zu erhalten und das Schutzzollsystem für ihn erst in zweiter Reihe kommt. Aber in der Agitation im Lande steht das letztere voran; die Phantasie der Leute wird mit Hoffnungen aller Art erfüllt, während sie nicht merken, was ihnen an neuen Steuern bevorsteht. Der einfache Landmann horcht auf alle die schönen Dinge, die ihn nach der Versicherung seines Landraths einen Korn-

zoll von 25 Pf. auf den Centner bringen sollen und dabei merkt er nicht, daß ihm eine Steuer von 70 Pf. schon auf ein Pfund Rauchtabak gelegt werden soll. Der Landmann muß schon, abgesehen von dem Korn, was er selbst verzehrt, 60 Centner Korn um 25 Pf. theurer verkaufen, um nur die Mehrbesteuernng seines Tabaks ausgleichen zu können. Ich verstehe die Taktik sehr wohl, dergleichen durchzubringen, indem man alle Schutzzölle in einander flicht: wenn auf den Landtagen volkswirthschaftlich unrentable oder zweifelhafte Eisenbahnen gebaut werden sollen, ist es leichter, eine Vorlage mit 6 solcher Eisenbahnen als mit einer einzigen durchzubringen. Denn bei 6 Eisenbahnen kann man die Interessen von soviel Landschaften in einander flechten, daß die Vertreter des allgemeinen gleichmäßigen Interesses von vornherein zu einer Minderheit verurtheilt werden. Ich weiß nicht, ob wir hier Aehnliches erleben werden und ob etwa die Eisenzöllner den ihnen widerwärtigen Kornzoll mit 25 Pf. bewilligen, um dafür die Stimme der Kornzöllner für den Eisenzoll zu erhalten, wobei den Eisenzöllnern gestattet wird, den Kornzoll statt unter diesem häßlichen Namen unter der schöneren Bezeichnung „Recognitionsgebühr“ anzunehmen. (Heiterkeit.) Ich verstehe es auch, wenn die ganze Schnur der Schutzzölle wieder mit den Finanzzöllen verflochten werden soll; die Taktik hat sich ja schon im vorigen Jahr in Oesterreich-Ungarn bewährt; die Oesterreicher halfen der Regierung, den Ungarn ein Schutzzollsystem bescheeren und die letzteren halfen der Regierung zu einem Finanzzollsystem, unter dem sie weniger leiden als die Oesterreicher.

Ich weiß nicht, ob hier im Hause etwas Aehnliches passiren wird, ob die uns zunächst sitzende Partei mit den Conservativen die Finanzzölle durchbringt und die Conservativen mit dem Centrum zusammen die Schutzzölle, auf daß, wie in Oesterreich, die Regierung zuletzt so ziemlich Alles bekommt. Ich weiß nicht, wie die Majorität hier über Getreidezoll denkt, aber das weiß ich, aus der Initiative des Hauses würde ein Getreidezoll für sich allein nicht die Majorität erlangen. Mancher Zweifelhafte würde es dem Reichskanzler danken, wenn ihm die Gewissensfrage einer solchen Vertheuerung der Lebensmittel überhaupt erspart bliebe, aber wie dem auch sein mag, was auf diese Weise durch Ineinanderschlingen der Interessen geschaffen wird und nicht getragen ist durch sachliche Begründung im Einzelnen und nur durchgeht höchstens aus politischen Gründen, die außerhalb der Wirthschaftspolitik liegen, hat nimmermehr einen dauernden Bestand. Ich verstehe darum sehr wohl, wenn die officiöse Presse darauf ausgeht, einen Compromißschluß zur Sicherung des Bestandes zu befürworten; bald soll es der Abgeordnete Delbrück, bald der Abgeordnete von Bennigsen sein, deren Compromiß befürwortet wird. Nein! kein Compromiß! das wäre das Schlimmste, was uns treffen könnte! Man mag sich durch einen Compromiß unter Umständen einen theilweisen Fortschritt sichern, aber nimmermehr soll man durch ihn einen theilweisen Rückschritt befestigen! Von Etappe zu Etappe würde die Reaction weiter fortschreiten. Wenn der Reichskanzler nur einen recht verkehrten Weg einzuschlagen braucht, um die Gegner zu veranlassen, ihm auf halbem Wege entgegenzukommen, so muß ihn das ja geradezu ermuntern, immer weiter ab vom richtigen Wege abzulenken. Nein! wir wollen entschieden und nachhaltig gegen die Wirthschaftspolitik des Kanzlers nach allen Seiten Front machen; vermögen wir es wirklich nicht zu hindern, daß irgendwo Bresche gelegt wird, so wollen wir um so kräftiger suchen, diese Bresche wieder zu schließen und jede Errungenschaft der Reaction wieder zu beseitigen, damit die Wirthschafts- und Finanzpolitik um so früher und sicherer in die gesunden Bahnen zurückkehre, welche so lange der Ruhm und die Ehre unserer Staatslenker gewesen sind. (Beifall links.)

Abg. Stumm: Wir sind in die allgemeine Debatte nicht eingetreten, mit einziger Ausnahme meines Freundes von Kardorff; aber Sie werden doch kaum behaupten wollen, daß er alle die Argumente, die von links quantitativ allerdings in sehr erheblichem Maße vorgebracht sind, allein zu widerlegen im Stande ist. Wir werden in die Discussion eintreten, sobald die Vorlagen kommen, und Sie (nach links deutend) werden sich dann wundern, wie Ihre Argumente fallen. Jedenfalls kann nicht bewiesen werden und ist nicht bewiesen worden, daß wir Freihandelspolitik ohne Schaden treiben können, so lange die anderen Staaten hohe Schutzzölle haben. Wir wissen noch nicht, was die Zolltarifcommission beschlossen hat, haben also auch keine Veranlassung, uns darüber zu streiten. Der Abg. Richter (Hagen) hat vorgeführt, wie nachtheilig der Brief des Reichskanzlers gewirkt hat, und hat besonders auf die Geschäfte der Reichsbank verwiesen. Ich fordere ihn auf sich bei den Leitern der Reichsbank zu erkundigen, und er wird erfahren, daß der Brief nirgends mit größerer Befriedigung aufgenommen worden ist. (Abg. Bamberger: v. Dechend?) Ich habe keinen Namen genannt. Wenn der Plan des Briefes erst durchgeführt sein wird, werden auch die Bankgeschäfte einen bedeutenden Aufschwung nehmen. Dann hat man es getadelt, daß die Tarifcommission ohne alle Vorbereitungen arbeitet und so mangelhaft zusammengesetzt ist. Früher wurden die Vorlagen ohne alle Vorbereitungen an den Bundesrath gebracht. Die preußische Regierung arbeitete die Vorlagen aus und brachte sie als preußischen Antrag an den Bundesrath, auf welchen die Regierung einen viel größeren Einfluß hat, als der Reichskanzler auf die Tarifcommission. Der Abg. Bamberger hat gemeint, die Krisis sei über die ganze Welt verbreitet. Der Präsident Hayes hat bei der Eröffnung des Congresses ausgesprochen, daß die Krisis für Amerika im Erlöschen sei. In Frankreich dauert die Krisis noch fort, aber man denkt nicht daran, mit Freihandelstheorien zu helfen, sondern der Verein, der hauptsächlich den Freihandel in Frankreich vertritt, hat noch neulich eine Resolution angenommen, man solle an den jetzigen Zöllen festhalten, die bekanntlich sehr hoch sind, höher als das, was nach den Zeitungsnachrichten in der Tarifcommission beschlossen ist. Die Aufhebung der Schutzzölle ist allerdings nicht allein an dem Verfall der Industrie schuld. Die Krisis herrscht in der ganzen Welt. Es handelt sich nur darum, wird die Krisis durch den Fortfall der Schutzzlle verstärkt oder durch Einführung derselben gemildert? Nach Ihrer Theorie (nach links deutend) müßte man allerdings die Zölle aufheben. Das wäre ebenso, als wenn zwei Aerzte sich streiten, ob ein mit gastrischem Fieber Behafteter dadurch erkrankt sei, daß er dem Ostwinde sich ausgesetzt hat oder durch einen Magenkatarrh. Wenn das letztere constatirt wird, so müßte man den Kranken also dem Ostwinde aussetzen, um ihn zu heilen, denn er ist ja nicht schuld an der Erkrankung. (Heiterkeit.) Bei den Vorlagen werde ich weiter auf diese Dinge eingehen.

Damit schließt die Generaldebatte.

In der Specialdebatte nimmt zum Etat des auswärtigen Amtes das Wort der Abg. Hänel: Ich muß als Vertreter Schleswig-Holsteins der Befriedigung Ausdruck geben, welche dort wie überall in Deutschland die Aufhebung des Art. V des Prager Friedens hervorgerufen hat. Ich bedauere aber, daß uns nicht die Protokolle zu dem Berliner Vertrage ebenso wie der Text desselben vorgelegt worden sind, denn ohne die ersteren ist der letztere vielfach unverständlich. Hoffentlich wird in Zukunft in ähnlichen Fällen ein anderes Verfahren eingeschlagen. Die Anerkennung der Unabhängigkeit Rumäniens wurde in dem Berliner Vertrage von der Gleichberechtigung der dortigen Juden abhängig gemacht. Man glaubt nun in Bukarest, daß man dieser Anforderung genügt nur durch die Aufhebung eines Artikels der rumänischen Verfassung und dadurch die Naturalisation von Ausländern ermöglicht. Das wäre gegen den Sinn und den Geist der Vertragsbestimmung, für welche besonders Frankreich und Deutschland eingetreten sind. Ich frage die Regierung, ob die Verhandlungen mit Rumänien auf Ausführung des Art. 44 des Berliner Vertrages günstig verlaufen und hoffe, daß wir nicht eher die Unabhängigkeit Rumäniens durch Absendung eines Gesandten anerkennen werden, als bis diese Bestimmung nach Geist und Sinn durch Rumänien ausgeführt ist.

Abg. Windthorst: Beim Berliner Vertrage habe ich mit Befriedigung die Einwirkung Deutschlands auf dieses Friedenswerk wahrgenommen und wünsche, daß es jederzeit so bleiben möge. Das Prinzip der Gleichberechtigung der Confessionen wird diesem Vertrage zu allen Zeiten eine Anerkennung sichern; ich wünsche nur, daß man, was man für die Donauländer bestimmt, auch in Preußen befolgen möge. (Heiterkeit.)

Bei dem Etat der Marineverwaltung richtet Abg. Meier (Schaumburg-Lippe) an die Regierung die Frage, ob der Bauplan für den zweiten Hafeneingang in Wilhelmshaven geändert worden sei, da man ihm von competenter, aber keineswegs oppositioneller Seite gesagt habe, der erste Plan sei so gefährlich für die Schiffe, daß es nicht rathsam sei, ihn auszuführen.

Chef der Admiralität v. Stosch erklärt, daß diese Frage nach dem Tode des ersten dirigirenden Baumeisters zur Discussion gekommen sei. Er habe den Admiralitätsrath deshalb berufen, und sämmtliche Wasserbautechniker sowie die meisten Offiziere desselben hätten sich mit dem vorhandenen Plane einverstanden erklärt und nur kleine Aenderungen desselben beschlossen, so daß jetzt der Hafeneingang während dreier Stunden bei jeder Fluth benutzt werden kann.

Abg. Hänel: Als ich in der zweiten Lesung an den Chef der Admiralität die Frage richtete, ob er nicht endlich nach neun Monaten dem Reichstage und der deutschen Nation die nöthige Aufklärung und das actenmäßige Material über die Katastrophe des „Großer Kurfürst“ vorlegen wolle, erhielt ich eine ausweichende, noch hinter den im September uns gemachten Versprechungen zurückbleibende Antwort. Durch Absetzung der Gehaltsposition einen Druck auf die Regierung auszuüben, lehnte die Majorität ab. Ich muß nun in dritter Lesung, obwohl ich mir in diesem Augenblick keinen praktischen Erfolg davon verspreche, ausdrücklich das Recht des Reichstages und des deutschen Volkes auf Vorlegung des gesammten Materials, welches die weiteste Kritik der Marine und der Marineverwaltung ermöglicht und volle Aufklärung über die Katastrophe giebt, verwahren. Ich richte an den Chef der Admiralität und den Reichskanzler die Mahnung, daß sie nicht glauben mögen, diese Sache könne durch Schweigen aus der Welt geschafft werden.

Chef der Admiralität v. Stosch beruft sich auf seine in zweiter Lesung abgegebenen Erklärungen.

Abg. Lasker: Dieselben Gründe, aus denen wir in der zweiten Lesung gegen die Absetzung der Gehaltsposition des Chefs der Admiralität stimmten, sind noch jetzt für uns maßgebend. So lange der Prozeß schwebt, können wir keine Mittheilungen fordern, die auf den Prozeß selbst von Einfluß sein können. Ich wußte gleich, als in der zweiten Lesung der Abg. Lucius auf die dritte Lesung hinwies, daß dieser Zeitpunkt nicht geeignet war. Der Chef der Admiralität v. Stosch verweigerte eine Auskunft, indem er auf sein Verhältniß des Offiziers zu seinem Kriegsherrn hinwies, wonach er nicht befugt sei, ohne dessen Befehl Erklärungen abzugeben. Der Reichstag beabsichtigt nicht, die Disciplin der Armee irgendwie zu beeinträchtigen, aber anders ist die Sache mit der dem Reichstage verantwortlichen Regierung, dem Reichskanzler und dessen Stellvertreter. Diese werden uns nach Beendigung des Prozesses volle Auskunft geben müssen.

Abg. Meier (Schaumburg-Lippe) behält sich vor, wenn das Actenmaterial, sei es auch in beschränktem Maße, dem Reichstage vorgelegt sein wird, auf mehrere über diese Katastrophe gethane, ihm bedenkliche Aeußerungen zurückzukommen.

Abg. Lucius: Ich habe in der zweiten Lesung nicht gesagt, daß die Regierung bei der dritten Lesung die geforderten Aufklärungen geben solle, sondern nur, daß das Haus bei der dritten Lesung auf diesen Gegenstand zurückkommen könne. Im Uebrigen bestätige ich meine damals gethanen Aeußerungen selbst auf die Gefahr hin, daß gewisse Zeitungen dieselben am anderen Tage als förmliche Angriffe gegen den Admiral v. Stosch und als inspirirt von außerhalb des Hauses stehenden Personen darstellen. Ich verschmähe es, auf derartige verleumderische Insinuationen in der Presse zu antworten. Als Abgeordneter nehme ich das Recht in Anspruch, meine Meinung auszusprechen, zumal ich selbst zwei Jahre lang auf königlichen Kriegsschiffen gefahren bin und daher für die meisten der betroffenen Offiziere ein inniges cameradschaftliches Gefühl habe.

Die Bewilligung der Positionen erfolgt ohne Widerspruch.

Beim Etat der Reichsjustizverwaltung richtet Abg. Windthorst an die Regierung die Anfrage, ob sie noch vor dem 1. April die zu Reichsrichtern designirten Personen von ihrer Ernennung benachrichtigen werde, damit sie rechtzeitig ihre Wohnungen kündigen könnten. Den Reichsfinanzen würden dadurch erhebliche Ausgaben gespart und auch die Richter der Einzelstaaten kämen früher in definitive Verhältnisse.

Bundescommissar Geh. Rath Meyer: Die Ernennung ist erst möglich auf Grund des Etats, der heute zu Stande kommt. Ob die Mittheilung der Ernennungen an die Betreffenden bis zum 1. April möglich sein wird, bezweifle ich. Denn die Besetzung des Reichsgerichts ist äußerst schwierig; sie erfolgt durch den Kaiser auf Vorschlag des Bundesraths. Wir sind also auf die Vorschläge der Bundesregierungen angewiesen, welche noch nicht von sämmtlichen eingegangen sind. Der Präsident des Reichsjustizamts empfindet die daraus entstehenden Mißstände tief und wird sie nach Kräften zu lindern suchen.

Abg. Windthorst: Die erste Ausrede des Commissars (Heiterkeit) war nicht relevant. Ich war in ähnlicher Lage doch im Stande den Betreffenden vor Fertigstellung des Etats ihre Ernennungen mitzutheilen, vorbehaltlich der definitiven Anstellung und der definitiven Fixirung des Gehaltes. Namentlich im Interesse der sehr bekümmerten preußischen Richter bitte ich die Angelegenheit möglichst zu beschleunigen. Die Amtstracht der Richter und richterlichen Beamten, sowie der Rechtsanwälte soll nach dem preußischen Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz durch den Justizminister vorgeschrieben werden. Die Amtstracht ist für die äußere Würde, nicht für die innere (Heiterkeit) der Richter von großer Wichtigkeit. In England und Frankreich, wo mündliches und öffentliches Verfahren schon längere Zeit besteht, hält man sie allgemein für unentbehrlich. Auch in Hannover führte man sie zugleich mit dem mündlichen und öffentlichen Verfahren ein. Ursprünglich stand ich der Sache sehr skeptisch gegenüber, mußte aber nach den in anderen Ländern eingezogenen Erkundigungen schließlich die Amtstracht empfehlen und habe sie selbst getragen. (Heiterkeit.) Nirgends ist sie aber so nothwendig wie bei dem Reichsgericht, diesem höchsten Areopag der Nation, und ich bitte um Auskunft darüber, ob das Justizamt bereits diese Frage erwogen hat.

Geh. Rath Meyer: Ich glaube wohl, daß der Abg. Windthorst bei seinen großen Fähigkeiten mit der Ernennung der Richter schnell fertig geworden ist. Aber im Deutschen Reich liegt die Ernennung der Richter nicht in der Hand eines Mannes, sondern in der des Bundesraths. Mehrere Staaten haben ihre Vorschläge dem Bundesrath noch nicht zugehen lassen. Die Frage der Amtstracht ist erwogen worden, die Entscheidung darüber kann aber erst erfolgen, wenn sich übersehen läßt, wie in den größeren Einzelstaaten, namentlich in Preußen, die Frage gelöst wird.

Zum Etat des Reichseisenbahnamtes bemerkt Abg. Struve: Ich habe neulich eine Zeitungsnotiz hier corrigirt, mit der man allem Anschein nach durch Verbindung einer falschen Thatsache mit dem Namen des Reichskanzlers für gewisse Ziele Stimmung machen wollte, die uns demnächst beschäftigen werden. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat in zwei Artikeln alle meine Angaben als auf Unwahrheit beruhend bezeichnet. Ich hatte behauptet, daß eine Wagenladung von 10,000 Kilogr. von Friedrichsruh nach Bochum tarifmäßig nur 100 M. kostet. Dies zu widerlegen, gab sie einen Auszug aus einem Frachtbrief, nach welchem im vergangenen Winter für eine Wagenladung Holz von Friedrichsruh nach Steele 212 M. gezahlt sind. Wie viel die Ladung betrug, war vorsichtigerweise nicht angegeben; das läßt sich nur indirect aus der Rechnung construiren. Ich habe nun von der Berlin-Hamburger Eisenbahndirection eine amtliche Auskunft erhalten, welche constatirt, daß meine Angaben buchstäblich wahr sind, und daß die Differenz sich nur dadurch ergiebt, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ unberücksichtigt läßt, daß es sich in meinen Angaben um Grubenholz, welches zu einem niederen Tarif gefahren wird, handelte, während der angezogene Frachtbrief sich auf eigentliches Bauholz, resp. Nutzholz bezog, welches zu einem höheren Tarif gefahren wird.

Außerdem handelt es sich in dem Frachtbrief nicht um 10,000 Kgr., sondern um 11,950 Kgr. Durch nur theilweise Mittheilung hat diese Zeitung also es verstanden, die Sache so darzustellen, als ob sie und ich von gleichen Voraussetzungen ausgegangen wären. Ich habe nun auch die Fracht für 11,950 Kgr. Bau- oder Nutzholz von den von mir angezogenen österreichischen Stationen nach Steele berechnet. Das Verhältniß derselben zur Fracht von Friedrichsruh nach Steele ist ebenso wie beim Grubenholz. Die österreichischen Waldbesitzer müßten ihr Holz umsonst verkaufen und die österreichischen Bahnen es bis an die Grenze fast umsonst fahren (Hört! links), um dem Friedrichsruher Bauholz in Steele Concurrenz zu machen. So wenig fällt der Antheil der österreichischen Bahnen ins Gewicht. Mit diesen Thatsachen, die sie mit dem Worte Refactien nicht beseitigen können, wollte ich ein System kennzeichnen, welches, wenn es noch weiter getrieben wird, unsere Zustände vergiften muß, indem es die Corruption in alle Gesellschaftsklassen trägt.

Abg. Richter (Hagen): Ich bitte auch die Herren aus Schlesien, welche so viel Holzreden gehalten haben, auf solche Widerlegungen etwas aufmerksamer hinzuhören. In der gesammten officiösen Presse ist in hunderttausend Exemplaren ein Ausspruch des Kanzlers verbreitet, als wenn er als Forstwirth besser daran wäre, in Ungarn zu leben, als in Friedrichsruh, wegen der billigeren Transportpreise nach Steele. Diese so verbreitete Behauptung mußte bei der Autorität, auf welche sich die Presse stützte, Glauben finden und eine gehässige Vorstellung von dem gegenwärtigen Eisenbahn-System erwecken. Der Abg. Struve hat sich nun das Verdienst erworben, jene Behauptung ziffernmäßig zu widerlegen. Statt das ruhig einzustecken, greift das Leiborgan des Reichskanzlers und die officiöse Presse ihn aufs Heftigste persönlich an. Der Abg. Struve sprach von der Fracht für 10,000 Kilogramm. Die „Nordd. Allg.“ verwandelt dies in 12,000 Kgr. Sie spricht jetzt von Bauholz, nachdem sie Abg. Struve beim Grubenholz widerlegt hat. Die „Norddeutsche“ zeigt einen Frachtbrief vor, der nur beweist, daß der Reichskanzler einmal 212 Mark für einen Holztransport gezahlt hat.

Nun hat Abg. Struve auch für diesen Fall nachgewiesen, daß kein Mißverhältniß vorliegt. Der Abg. Struve constatirte, daß auch für Bauholz der Transport von Ungarn nicht eben weniger beträgt, als von Friedrichsruh aus, sondern das zwei-, drei- und vierfache, je nach dem Orte der Entfernung aus Oesterreich-Ungarn. Er beweist, daß schon von der deutschen Grenze in Schlesien ab bis Steele das fremde Holz 1¾ mal soviel Fracht kostet, wie von Friedrichsruh. Es kommt also gar nicht darauf an, ob etwa österreichische Bahnen ihren Frachtantheil ermäßigen, oder gar, wie die „Norddeutsche“ behauptet, gegen ein Trinkgeld ganz schwinden lassen. Der deutsche Frachtantheil nach Steele beträgt allein 363 Mark für fremdes Holz. Wenn es wahr ist, daß das Friedrichsruher Holz in Steele selbst noch nicht 400 M. Werth hat, so müßten also die Oesterreicher ihr Holz nicht nur bis zur Grenze umsonst fahren, sondern noch dazu verschenken. So schlecht sind die Oesterreicher aber doch nicht (Heiterkeit), daß sie ihr Holz verschenken und bis zur deutschen Grenze umsonst fahren, nur um den Reichskanzler zu ärgern (Heiterkeit) und seinem Holze aus Friedrichsruhe in Steele Concurrenz zu machen. Anstatt aber sich zu berichtigen, greift nun die „Nordd. Allg. Ztg.“ den Reichstag an, indem sie umgekehrt sagt, aus den Anführungen Struve's ersehe man, welchen Werth überhaupt Zahlenangaben auf dieser Tribüne haben, ja sie spricht von der Tendenz mehrerer Abgeordneter, zu denen auch Struve gehöre, den Eindruck zu erwecken, als ob der Kanzler persönlich in seinen Gesprächen nicht wahrheitsliebend sei. Sie erdreistet sich also, sich mit der Person des Kanzlers zu decken, um ihre Angaben als Probe für die Wahrheitsliebe des Kanzlers hinzustellen. Wie nun, wenn wir auch so schlecht wären, gerade diesen Fall als charakteristisch für die Wahrheitsliebe des Kanzlers hinzustellen. Das thun wir nicht, ich bin sogar bereit, in diesem Falle mildernde Umstände für den Herrn Reichskanzler anzunehmen. (Heiterkeit.) Aber die officiöse Presse sollte sich eine Lehre nehmen aus diesem Vorfall, Aussprüche des Kanzlers aus einem engeren Kreise nicht hinauszutragen und zum Gegenstande der Agitation zu machen. Besonders sollte dies nicht mit Aussprüchen über Privatverhältnisse des Kanzlers geschehen, weil man solche um so eher für wahr hält, wenn der Kanzler nicht Anlaß nimmt, sie zu berichtigen. Endlich bedauere ich die Verhetzung mit Oesterreich, die bei dieser Gelegenheit von der officiösen Presse getrieben wird. Was sollen die Oesterreicher denken, wohin es mit uns und unserer Regierung gekommen ist.

Beim Extraordinarium des Militäretats beklagt Abg. v. Schalscha den Luxus bei manchen militärischen Bauten; Abg. Bürten (Detmold) tritt nochmals für den in zweiter Lesung abgelehnten Kasernenbau in Detmold ein, der aber auch jetzt abgelehnt wird.

Bei dem Posten 500,000 M. Beitrag für den Universitätsbau in Straßburg, bemängelt Abg. Reichensperger (Crefeld) den vorgelegten Bauplan, der keinen deutschen oder gothischen, sondern einen italienisch-französischen Styl repräsentire. Es seien auch noch manche andere Mängel vorhanden; z. B. enge Lichthöfe, die in den unteren Räumen eine feuchte und ungesunde Luft erzeugen.

Unterstaatssecretär Herzog: Die Regierung hat den im Hause ausgesprochenen Wünschen gemäß eine Concurrenz ausgeschrieben, in welcher der vorgelegte Plan gekrönt worden ist. Einzelne Mängel, z. B. die engen Lichthöfe, könnten ja noch beseitigt werden.

Abg. Nordeck zu Rabenau hält den gegenwärtig vorgelegten Plan für noch schlechter als den vorjährigen.

Abg. Reichensperger (Crefeld) beantragt, die Regierung aufzufordern, den Plan einer wiederholten Prüfung zu unterwerfen und über das Ergebniß derselben unter einstweiliger Aussetzung des Façadenbaues dem Reichstage ev. eine Vorlage zu machen.

Unterstaatssecretär Herzog bittet um Ablehnung des Antrages; die Universität befinde sich jetzt schon in sehr mißlicher Lage; eine Verzögerung des Baues dürfte die mißlichen Verhältnisse noch Vermehren.

Abg. Lasker empfiehlt ebenfalls die Bewilligung; der Reichstag könne doch den Architekten nicht einen Styl decretiren; hoffentlich werden die hier getadelten Mängel noch beseitigt werden.

Die geforderte Summe wird bewilligt und der Antrag Reichensperger wird mit 135 Stimmen gegen 105 angenommen.

Bei den Einnahmen der Post- und Telegraphen-Verwaltung bemerkt Abg. Berger, daß er die Frage der Declarationsfreiheit nicht, wie er ursprünglich beabsichtigt habe, in Form einer Resolution zum Austrag bringen wolle; bei der Berathung von Petitionen mehrerer Handelskammern werde sich eine bessere Gelegenheit zur Erledigung bieten.

Abg. Liebknecht verweist auf ein Telegramm der „Times“, wonach in Friedrichsruhe zwischen dem Reichskanzler und dem Generalpostmeister vereinbart sein soll, daß der Post das Recht gegeben werden solle, alle aus dem Auslande kommenden Briefe zu öffnen. Die Nachricht wurde in Zweifel gezogen, aber bald darauf wurde seitens der Postverwaltung eine Verfügung erlassen (die Redner vollständig vorliest), wonach auf Grund des Socialisten-Gesetzes verbotene Druckschriften von der Post nicht allein nicht vertrieben, sondern auch, wenn die Sendungen unter Kreuzband ꝛc. oder in einer solchen Verpackung eingehen, daß der Inhalt äußerlich unzweifelhaft als Exemplare verbotener Zeitschriften erkennbar ist, dem Adressaten nicht ausgehändigt, sondern der Polizeibehörde überliefert werden; ähnlich sei mit verbotenen inländischen Druckschriften zu verfahren. Da hinter Kreuzband ein ꝛc. eingefügt sei, so sei es jedem Postbeamten anheimgegeben, eine Sendung zu erbrechen oder der Polizei zu überliefern. Redner führt aus, daß schon mehrfach Sendungen gar nicht oder erbrochen an den Adressaten gelangt seien; auf Grund solcher einbehaltenen Sendungen seien Verhaftungen und Anklagen erfolgt; ja man habe sogar Geldsendungen, die rein geschäftlicher Natur waren, einbehalten, weil man wahrscheinlich annahm, daß sie zu Agitationszwecken dienen sollten; so Gelder an Kräcker in Breslau, die Bezahlungen für gelieferte Cigarren waren u. s. w. Unter solchen Zuständen müsse auch das Geschäft leiden.

Man habe die Socialisten außerhalb des Gesetzes gestellt; so werde es andern Parteien auch gehen. Die Ehre Deutschlands fordere die Beseitigung eines solchen Schandfleckes; der Reichstag müsse sich einem solchen Unfuge entgegenstellen. Derartige Vorkommnisse schädigten den Ruf Deutschlands mehr, als die glorreichen Ereignisse von 1870/71 gut machen könnten. In Amerika hätten schon hochgestellte Beamte von diesen Dingen Kenntniß genommen und geäußert, wenn solche Klagen weiter substantiirt würden, müßte Amerika auf Grund des Weltpostvertrages einschreiten, und wenn Deutschland bei dieser Praxis bleibe, werde der Austritt Deutschlands aus dem Weltpostverein nothwendig werden. (Heiterkeit rechts.) Da, wo man ein Gefühl für die Ehrlosigkeit der Verletzung des Briefgeheimnisses habe, erscheinen solche Aeußerungen durchaus nicht verwunderlich.

Generalpostmeister Stephan: Wenn die Ausführungen des Vorredners Bedeutung haben sollten, so konnte er nur sagen wollen, daß im Deutschen Reiche das Briefgeheimniß täglich verletzt wird. Diese Behauptung bedarf vor diesem Hause und vor dem Lande keiner Widerlegung. Täglich werden 3 Millionen Briefe geschrieben, es können also nicht täglich die größten Schandthaten an den Briefen vollzogen werden, ohne daß die öffentliche Meinung und die Presse solche Uebelstände zur Sprache bringen würde. Man kann sich doch auch nicht darauf einlassen, alles Unrichtige, was in der „Times“ steht, zu widerlegen. Die Verfügung ist jedenfalls die schlagendste Widerlegung dieses Telegramms; sie ist vollkommen mit den Gesetzen in Einklang. Die verbotenen Zeitungen darf die Post nicht verbreiten, weil sie sonst unter die gesetzlichen Strafen fallen würde; sie ist nur Ausführerin des Gesetzes und leistet zum Beispiel bei den Geldsendungen im Falle eines Concurses ꝛc. den Requisitionen der Gerichte Folge. (Abg. Liebknecht: War kein Concurs.) Außerdem ist noch nicht bewiesen, ob die Gelder nicht zu Agitationszwecken dienen sollten. (Widerspruch des Abg. Liebknecht: Das beweisen die Briefe!) Ja, solche Briefe kann man sich schreiben lassen. (Abg. Liebknecht: Ich stehe dafür ein!) Das ist immer noch kein juristischer Beweis. Ein Eingehen auf die einzelnen Fälle muß ich entschieden ablehnen; dazu sind die einzelnen Behörden da, vor denen ist die Beschwerde vorzubringen. Ich bin den Anklagen nur deshalb entgegengetreten, weil auch hier der Satz gilt: Calumniare audacter, semper aliquid haered. (Lebhafter Widerspruch; Beifall rechts.)

Vicepräsident von Stauffenberg: Ich nehme an, daß sich die letzten Worte nicht auf Dinge — die in diesem Hause vorgekommen sind — beziehen, sonst könnte ich sie nicht ungerügt vorüber gehen lassen. (Beifall.)

Abg. Lasker: Der Abg. Liebknecht hätte nicht nöthig gehabt, einen directen Appell an die Liberalen und an mich zu richten, wir treten alle für das Briefgeheimniß ein, um des Gesetzes und des sittlichen Gebotes willen. Viele Beschwerden des Abg. Liebknecht halte ich nicht für begründet. Die Post darf verbotene Schriften nicht unter Kreuzband befördern, denn sie würde damit Beihilfe zu verbotenen Handlungen leisten. Man kann diesen Satz ausdehnen auf Verschlüsse, die den Inhalt vollkommen erkennbar lassen. Es ist eine Frage der Zweckmäßigkeit, ob es rathsam war, eine Anweisung zu erlassen, welche die Postbeamten zu einem gewissen Nachspürsystem veranlaßt und die gebotenen Grenzen leicht verwischt. Aber der Abg. Liebknecht hat eine Thatsache angeführt, die, wenn sie wahr ist, einen ganz unmöglichen Zustand im Lande anzeigt, das war das über Geldsendungen Gesagte. Es giebt keine Sicherheit der Correspondenz, wenn der Name des Adressaten zur Sistirung desselben ausreicht, wenn dieser Mann mit Socialdemokraten Umgang oder Bekanntschaft hat. Der Generalpostmeister glaubte, es handle sich um Sendung an Fallite — es handelte sich aber um einen Reichstags-Abgeordneten, bei dem das gesetzlich nicht zulässig war. Der erste Theil der Rede — wenn sie nicht gehalten wäre — hätte mir überhaupt nicht gefehlt. (Heiterkeit.) Der Abg. Liebknecht hätte wohl gethan, den Generalpostmeister vorher von seinen Beschwerden zu informiren, damit er sich auf die Beantwortung derselben vorbereiten konnte, oder er hätte durch eine förmliche Schrift an den Reichstag die Prüfung der Vorfälle in der Petitions-Commission ermöglichen sollen. Ich erwarte aber, daß der

Generalpostmeister alle von dem Abg. Liebknecht angeführten Thatsachen untersuchen und uns darüber Auskunft geben wird, ob dieselben richtig sind, eventuell warum die Postbehörden so gehandelt haben, denn wenn solche Beschuldigungen unwiderlegt bleiben, so kann das Publikum glauben, daß etwas Wahres daran sei (Widerspruch rechts), und ich wünsche die Postverwaltung auch von jedem Schatten eines Verdachtes der Verletzung des Postgeheimnisses frei zu sehen. (Beifall links.)

Abg. Windthorst: Wenn derartige Vorwürfe gegen die Postverwaltung erhoben werden, so ist sie es sich selbst schuldig, über die Berechtigung derselben Klarheit zu schaffen. Wir müssen dem Lande die Sicherheit gewährleisten, daß das Briefgeheimniß nicht gefährdet ist. Die hier verlesene Generalverfügung des Generalpostmeisters darf so, wie sie liegt, nicht aufrecht erhalten werden. Ich gebe zu, daß die Postverwaltung berechtigt ist, offene oder Kreuzbandsendungen, in denen sie verbotene Schriften vermuthet, anzuhalten, obwohl man, wenn man dieses Princip generell hinstellt, die Postverwaltung in die Rolle der Polizei bringt, von der man sie fernhalten sollte. Daß die Postverwaltung aber selbst bei verschlossenen Materien die Beschlagnahme soll eintreten lassen können, ist unzulässig; außerdem steht in der Verfügung ein sehr bedenkliches „U. s. w.", welches ängstliche Gemüther leicht bestimmen kann, in ihrem Eifer zu weit zu gehen. Die Verfügung muß also die zulässige Beschlagnahme auf offene und Kreuzbandsendungen beschränken, verschlossene Briefe müssen von ihr absolut ausgeschlossen bleiben. Jedenfalls ist diese Verfügung ein neuer Beweis dafür, daß die so oft gehörte Behauptung, daß die Postverwaltung bei ihrem ungeheuren Betriebe keine Controle ausüben könne, nicht zutrifft. (Sehr richtig!) Ich spreche also die dringende Bitte aus, daß der Generalpostmeister den heutigen Vortrag des Abg. Liebknecht dazu benutzen wird, eine eingehende Untersuchung seiner Ausführungen eintreten zu lassen und daß es ihm gefallen möge, uns das Resultat mitzutheilen.

Generalpostmeister Stephan: Ich muß die Postverwaltung gegen die heutigen Angriffe entschieden in Schutz nehmen. Das Briefgeheimniß ist vollständig gewahrt. (Widerspruch und Zustimmung.) Die Anforderung des Abg. Lasker, daß die Regierung auf jede Beschuldigung eines einzelnen Abgeordneten hin eine Untersuchung anstellen solle, muß ich entschieden ablehnen. (Murren links.) Die von der Verwaltung wegen der früheren Beschwerden des Abg. Liebknecht angestellten Untersuchungen sind resultatlos geblieben und die Commission würde event. die gleiche Erfahrung machen. Eine Beschlagnahme der Sendungen durch die Post auf Grund einzelner Adressen findet nicht statt, eine solche wird lediglich von der Staatsanwaltschaft ausgesprochen. Eine Aenderung der Verfügung kann ich nicht in Aussicht stellen; dieselbe ist nothwendig und entspricht den Bestimmungen des Gesetzes, welches zur Geltung zu bringen die Postverwaltung zu ihrem Theil für ihre Pflicht hält. (Beifall rechts, Zischen links.)

Abg. Hänel: In Bezug auf die Behandlung der einzelnen Fälle mag sich die Postverwaltung gut decken können. Die Verfügung des Generalpostmeisters aber ist ein Actenstück, bezüglich dessen der Instanzenzug nicht eingehalten zu werden braucht. Sie hat der Generalpostmeister hier zu vertreten und namentlich darf über ihre Tragweite kein Zweifel obwalten. Bei offenen Sendungen darf und muß er eine Beschlagnahme eintreten lassen, sofern dieselben verbotene Schriften enthalten. Darf aber die Verfügung auch auf Sendungen Anwendung finden, von denen nach dem Gesetz und dem Reglement anzunehmen ist, daß sie die Natur verschlossener Sendungen haben! Maßt sich die Postverwaltung an, auf Grund des Socialistengesetzes derartige Sendungen aus eigener Initiative untersuchen zu lassen bezw. zu sistiren? Glaubt dies der Generalpostmeister, so mag er es heute hier bestätigen! Oder giebt es wirklich eine Deutungsmöglichkeit des Rescriptes, wonach derartiges zulässig wäre? Dann wäre das Postgeheimniß nicht mehr gewahrt!

Der Generalpostmeister erklärt sich mit den Anschauungen des Vorredners durchaus einverstanden. Er constatirt, daß nach dem Inhalt seiner Verfügung nur diejenigen Sendungen angehalten werden dürfen, deren strafbarer Inhalt schon äußerlich erkennbar sei. Mit den Worten „u. s. w." seien solche Sendungen gemeint, welche entweder in offenen Umhüllungen aufgegeben oder der Verzollung wegen im Zollamt geöffnet seien. Auch Glaspaquete würden unter diese Kategorie fallen. Dagegen sei es in keinem Falle möglich, daß die Postbeamten Paquete aus eigener Initiative öffnen dürften. Der Wortlaut der Verfügung biete ihm daher keinen Anlaß zu irgend einer Aenderung.

Abg. Windthorst protestirt dagegen, daß Beschwerden der Socialdemokraten aus rein formellen Gründen in so kategorischer Form zurückgewiesen würden. Das „u. s. w." in der Verfügung des Generalpostmeisters sei keineswegs zu billigen und die Beschwerden des Abg. Liebknecht ihrem Inhalte nach dazu angethan, eine Untersuchung über ihre Wahrheit anzustellen. Der Kampf gegen die Socialdemokratie müsse mit Energie, aber auch mit Gerechtigkeit geführt und jede ihrer Klagen deshalb ruhig und sachlich vom Reichstage geprüft werden.

Persönlich bemerkt Abg. Liebknecht: daß er dem General-Postmeister das Material zur Substantiirung seiner Beschwerden zur Verfügung stellen könne. Er protestirt dagegen, daß man ihn und seine Gewährsmänner als unglaubwürdig hinstelle, da sie nicht gewohnt seien zu lügen. Schließlich verwahrt er sich dagegen, daß man das von ihm Vorgetragene mit dem Wort Calumniare bezeichne.

Vicepräsident v. Stauffenberg: Ich habe bereits das Nöthige vorgekehrt, um diesen Ausdruck zurückzuweisen. Der Redner darf daher nicht wieder auf diesen Punkt zurückkommen.

Abg. Liebknecht: Ich hielt es nur für nöthig auf die Ungebühr dieses Ausdruckes hinzuweisen.

Vicepräsident von Stauffenberg: Eine nochmalige Kritik des Vorgefallenen kann ich nicht zulassen. Was der Redner zuletzt gesagt, verstößt aber unzweifelhaft gegen die Regeln parlamentarischer Ordnung. Ich rufe ihn deshalb zur Ordnung.

Damit schließt die dritte Berathung des Etats.

Das Haus genehmigt sodann fast einstimmig das Anleihegesetz und das Etatsgesetz.

Auf eine Anfrage Windthorst's erklärt der Präsident, daß die Ferien erst Ende nächster Woche beginnen werden.

Schluß 5¾ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr. (Kleinere Vorlagen und Wahlprüfungen.)

Berlin, 28. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Regierungs-Assessor Johann Caspar von Boddien zum Landrath ernannt.

Se. Majestät der König hat dem Mitgliede des evangelischen Ober-Kirchenraths, Ober-Consistorialrath Dr. Kundler, den Rang eines Rathes zweiter Klasse beigelegt.

Dem Kaufmann Heinrich Wilhelm Gramberg zu Bremerhaven ist Namens des Reiches das Exequatur als Vice-Handels-Agent der Vereinigten Staaten von Amerika für Geestemünde und Bremerhaven ertheilt worden.

Der bisherige Realschullehrer und commissarische Kreis-Schulinspector Theodor Pfennig in Münsterberg ist zum Kreis-Schulinspector im Regierungsbezirk Breslau ernannt worden. — Dem Landrath von Boddien ist das Landrathsamt im Kreise Czarnikau übertragen worden. — Der Thierarzt erster Klasse Gustav Carl Bernhard Harenburg zu Gollnow ist zum commissarischen Kreis-Thierarzt des Kreises Saatzig ernannt worden.

Berlin, 28. März. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute den Vortrag des Polizeipräsidenten von Madai und des Oberst-Kämmerers Grafen von Redern entgegen und ertheilte außerdem Audienzen: dem Premier-Lieutenant von Hausmann vom ersten Badischen Leib-Dragoner-Regiment Nr. 20, dem Capitain zur See von Eisendecher, diesseitigem Minister-Residenten in Japan, vor dessen Rückreise dorthin, und den beiden Lieutenants Grafen von Hohenau vom 1. Garde-Dragoner-Regiment. Außerdem empfing Se. Majestät den Reichskanzler Fürsten von Bismarck zum Vortrage und den General-Feldmarschall und General-Adjutanten Freiherrn v. Manteuffel. (R.-Anz.)

⊙ **Berlin,** 28. März. [Das Befinden des Kaisers. — Leichenfeier des Prinzen Waldemar. — Provinziallandtag der Rheinprovinz.] Der Kaiser ist mit dem kronprinzlichen Paar tief ergriffen von dem Tode des Prinzen Waldemar, der von dem ganzen Königshause sehr geliebt war. Das Befinden des Kaisers ist durch den traurigen Fall bisher aber nicht afficirt worden, die körperliche Besserung schreitet vor, sodaß heut schon wieder ein Versuch mit der Anlegung des Bruchbandes gemacht werden konnte, welches der Kaiser seit langen Jahren trägt, das aber in Folge des Falles hatte abgenommen werden müssen. Die Beisetzung des verstorbenen Prinzen findet morgen in Potsdam statt; zu der Leichenfeier ist nur ein kleiner Kreis von Hof- und Staatsbeamten zugezogen. — Der evangelische Oberkirchenrath hat unter dem 28. d. Mts. aus Anlaß des Todes des Prinzen Waldemar den Consistorien eine feierliche Abkündigung von der Kanzel in den Berliner Kirchen am nächsten Sonntag und in den Provinzen am Sonntag über 8 Tage zugehen lassen. — Der König hat genehmigt, daß der Provinziallandtag der Rheinprovinz zum 16. April nach Düsseldorf berufen wird.

[Marine.] S. M. Glattdecks-Corvette „Luise", 8 Geschütze, Commandant Corv.-Capt. Schering, ist am 3. d. in Colombo auf Ceylon eingetroffen und hat am 5. d. die Reise nach Calcutta fortgesetzt.

[Verfügungen auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. October 1878.] Zum Liquidator des laut Bekanntmachung des Königlichen Polizei-Präsidiums vom 23. October 1878 landespolizeilich verbotenen Vereins Verband der deutschen Schmiede mit dem Centralsitz in Berlin, ist der Polizei-Lieutenant ad interim Guercke bestellt worden. — Verboten wurden die nicht periodischen Druckschriften: „Sechs Proletarier-Lieder, gewidmet den Arbeitern Oesterreichs, von Joh. Most, Chemnitz, Verlag des Verfassers, Druck der Genossenschafts-Buchdruckerei", und „Elend und Erlösung. Ein sociales Zeitgedicht von Siegfried."

Paderborn, 27. März. [Die gerichtlichen Verhandlungen über die Marpinger „Wunder"] scheinen in ultramontanen Kreisen nicht ohne Eindruck geblieben zu sein. Das Paderborner „Westf. Kirchenblatt" druckt aus der ultramontanen Bochumer „Westf. Volksztg." einen kleinen Artikel ab, worin gesagt wird: „Selbst wenn eine bischöfliche Untersuchungs-Commission die Erscheinungen für übernatürlich erklärt hätte, auch dann könnte jeder Katholik noch davon halten, was er wollte. Uebrigens glaube ich, daß vor einer geistlichen Untersuchung die Erscheinungen von Marpingen wohl eben so wenig Stand gehalten hätten, wie die von Mettenbuch, welche bekanntlich der Bischof von Regensburg schon längst als falsch bezeichnet hat."

Handel, Industrie ꝛc.

* **Breslau,** 28. März. [Breslauer Disconto-Bank Friedenthal u. Co.] In der gestrigen Aufsichtsrathssitzung wurde der Jahresabschluß vorgelegt. Derselbe ergiebt einen Bruttogewinn von 904,562 M. 68 Pf., und zwar 722,706 M. 63 Pf., aus dem Wechsel- und Contocorrentverkehr, 34,595 M. 54 Pf. auf dem Effecten-Conto, während der Rest sich auf die Grundstücks-, Hypotheken- ꝛc. Conten vertheilt. Diesem Gewinne stehen an Debetposten gegenüber im Ganzen 475,652 M. 4 Pf., und zwar an Handlungs-Unkosten 166,025 Mark 93 Pf., auf Conto pro dubiosa 146,024 Mark 45 Pf., an neuer Special-Reserve 146,272 M. 13 Pf., Abschreibungen auf Utensilien-Conto 2811 M. 05 Pf., der Rest Depositen-, Giro-, Sparkassen-Zinsen ꝛc., so daß ein Reingewinn von 428,910 M. 64 Pf. verbleibt, wovon nach Dotirung des ordentlichen Reservefonds die Auszahlung einer Dividende von 3 pCt. der General-Versammlung vorgeschlagen werden soll.

Berlin, 28. März. [Börse.] Schon gestern hatten wir an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß das Hausseengagement nicht so groß sei, wie man vorher anzunehmen geneigt war, und der Verlauf des heutigen Geschäftes bestätigte dies vollkommen, denn heute machte sich sogar ein Stückemangel in Oesterr. Creditactien und Franzosen bemerkbar, der nicht nur die betreffenden Notirungen um mehrere Mark hob, sondern der auch dem ganzen Speculationsmarkte eine recht feste und animirte Physiognomie verlieh. Da auf dem Cassagebiete der geschäftliche Verkehr ebenfalls an Regsamkeit und Umfang gewonnen hatte, so machte derselbe überhaupt heute einen recht angenehmen Eindruck. In der zweiten Börsenstunde schwächte sich die Haltung zwar etwas ab, als die Deckungskäufe nachließen; indeß konnte sich das gehobene Coursniveau, kleinere Schwankungen jedoch abgerechnet, bis zum Schlusse behaupten. Oesterreichische Creditactien stiegen temporär auf 441, gingen dann aber bei ziemlich lebhaften Umsätzen etwas zurück. Franzosen waren sehr fest. Lombarden verhielten sich ruhiger. In der Prolongation bedangen Credit glatt m. Ertg., Lombarden 0,90—1 Dep., Franzosen glatt m. Ertg., Disconto-Commandit 0,05—0,10 R., Laurahütte 0,10 D., Italiener 0,20—22½ D., Oesterr. Goldrente 0,25 D., Ungar. Goldrente 0,25, Oesterr. Papierr. 0,17½ D., 5proc. Russen 0,17½ D., neue 0,30 D., russ. Noten 0,65—0,85. Die österr. Nebenb. erwiesen sich auch heut wiederum als recht fest, wurden jedoch weniger in den Verkehr gezogen. Von localen Speculationseffecten gingen Disconto-Commanditantheile lebhafter um und setzten auch eine kleinere Courserhöhung durch. Laura-Actien per ult. 67½—67¼. In den auswärtigen Staatsanleihen fand nur ein wenig belangreicher Verkehr statt, die Tendenz war anfänglich fest, ermattete jedoch im weiteren Verlaufe etwas. Russische Werthe zogen etwas in den Coursen an. 5proc. Staatsanleihen per ultimo 86½. Russische Noten erfuhren nur unbedeutende Aenderungen an der Notirung, per ultimo 198½ bis 198¾, per April 199¼ bis 199½ (Vorprämie 202/2). Preußische Fonds ebenso wie andere deutsche Staatspapiere fest aber still, Köln-Mindener Loosantheile in guter Frage. Eisenbahn-Prioritäten sehr ruhig, Russische Devisen eher angeboten. Auf dem Eisenbahnactien-Markte belebte sich das Geschäft in den schweren Actien bei anziehenden Coursen. Anhalter und Stettiner animirt, Freiburger durch große Verkaufsaufträge gedrückt, Potsdamer schwächer, Rum. anfangs recht fest, dann ermattend, Ostpreußische Südbahn begehrt und steigend, Amsterdam-Rotterdam höher. Bankactien ziemlich fest aber sehr still, Preußische Bodencredit steigend, Aachener Disconto erhöhte die Notiz, Bergisch-Märkische Bahn besser, Schles. Bankverein höher, Deutsche Bank zu steigendem Course beliebt, Gothaer Grundcredit und Luxemburger Bank zogen im Course an. Billiger erhältlich waren Geraer Credit, Braunschweiger Creditbank, Pommersche Hypotheken, Bergisch-Märkische Industriebank und Breslauer Discontobank, Industriepapiere vernachläßigt. Von Brauereien Ahrens, Bolle anziehend. Omnibus gedrückt. Dessauer Gasactien besser. Deutsche Eisenbahnbauges. war wiederum in lebhafter Frage. Frister u. Roßmann zogen 6 pCt. in Folge der auf 3 pCt. festgesetzten Dividende an. Salzungen erhöhte die Notiz. Oberschles. Eisenbahnbedarf beliebt. Montanwerthe still und wenig fest. Dortm. Union A., Marienhütte besser. Nachgebend dagegen Braunschweiger Kohlen, Gelsenkirchen, Rhein-Nassau, Annener Gußstahl, Mechern. 5½ pCt.

Um 2¼ Uhr: Credit 437,50, Lombarden 120,50, Franzosen 447,—, Reichsbank 153,—, Disconto-Commandit 138,25, Laurahütte 67,37, Türken 12,10, Italiener 78,25, Oesterr. Goldrente —,—, Ungarische Goldrente 74,75, Oesterr. Silberrente 66,87, do. Papierrente 55,75, 5% Russen 86,75, Köln-Mindener 108,50, Rheinische 110,37, Bergische 82,50, Rumänen 30,30, Russische Noten 199,—.

Liquidations-Course pro ultimo März 1879. Oesterr. Creditactien 439,—, Lombarden 120,—, Franzosen 447,—, Galizier 99,75, Köln-Mindener 108,50, Rheinische 110,50, Bergische 83,—, Oberschlesische 130,—, Oesterr. Goldrente 67,—, Silberrente 56,—, Papierrente 56,—, 1860er Loose 115,75, Russ.-Engl. Anleihe von 1871, 72: 84,50, do. von 1873: 85,—, do. von 1877: 87,—, Italiener 78,25, Türken 12,—, Disc.-Commandit 138,50, Laurahütte 67,50, Russ. Noten 198,50, Ungar. Goldrente 75,—, Rumänier 30,75, Orient-Anleihe I. und II. 57,75. Für deutsche Fonds, Eisenbahn- und Bankactien der heutige Mittel-Cours, für Oesterreichische Banknoten, Wechsel auf Wien und Petersburg der Durchschnittscours vom 29. cr.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterreich. Silberrent.-Cp. 173,25 bezahlt, do. Eisenb.-Coup. 173,25 bezahlt, do. Papier in Wien zahlbar min. 50 Pf. k. Wien, Amerik. Gold-Dollar-Bonds 4,16 bez., do. Eisenb.-Prior. 4,16 bez., do. Papier-Dollars 4,16 bez., 6% New-York-City —,— bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. k. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Russ.-Engl. cons. verl. —,— bez., Russ. Zoll 20,52 bez., 22er Russen —,—, Große Russ. Staatsbahn —,— bez., Russ. Boden-Credit —,— bez., Warschau-Wiener Comm. —,— bez., 8% Rumänische Div.-Sch. p. 78 —,— bez., Warschau-Teresopol —,— bez., 3% und 5% Lombard min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus — Pf. Brüssel, Berl. Lstr.-Obligat. 20,44 bez.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 28. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 482. Pariser Wechsel 81, 03. Wiener Wechsel 174, 10. Böhmische Westbahn 155¼. Elisabethbahn 150½. Galizier 199½. Franzosen*) 223¼. Lombarden*) 59¾. Nordwestbahn 105½. Silberrente 55 13/16. Papierrente 55¾. Oesterreich. Goldrente 66 11/16. Ungar. Goldrente 74⅞. Italiener —. Russ. Bodencredit 75½. Russen 1872 84½. Neue russ. Anleihe 86 15/16. 1860er Loose 115⅝. 1864er Loose —,—. Creditactien*) 219¼. Oest. National-Bank 701, 00. Darmstädter Bank 119¾. Meininger Bank 78¼. Hess. Ludwigsbahn 73. Ungarische Staatsloose 170, 50. do. Schatzanweisungen 104¼. do. Ostbahn-Obligationen II. 66 15/16. Central-Pacific 106. Reichsbank 153⅛. Reichs-Anleihe 98⅜. II. Orientanleihe 57¼. Discont — pCt. Fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 218⅞, Franzosen 222¼, Lombarden —, Oesterr. Goldrente —, Ungar. Goldrente —, Galizier —, Orientanleihe —, 1877er Russen —, 1860er Loose —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 28. März, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 118½, Silberrente 55¾, Oest. Goldrente 66½, Ung. Goldrente 74⅝, Creditactien 218¼, 1860er Loose 116, Franzosen 556, Lombarden 148½, Ital. Rente 78, Neueste Russen 85⅝, Vereinsbank 121, Laurahütte 66¾, Commerzbank 102⅝, Norddeutsche 137½, Anglo-deutsche 34, Intern. Bank 88, Amerik. de 1885 96, Köln-Minden. St.-A. 108¼, Rhein. Eisenbahn do. 110¼, Bergisch-Märkische do. 82½, Disconto 2 pCt. — Anfangs fest, Schluß matt.

Silber in Barren per Kilogr 148, 75 Br., 148, 25 Gd.

Wechselnotirungen: London lang 20, 40 Br. 20, 34 Gd., London kurz 20, 51 Br., 20, 43 Gd., Amsterdam 168, 00 Br., 167 40 Gd., Wien 172, 50 Br., 170, 50 Gd, Paris 80, 60 Br., 80, 20 Gd., Petersburger Wechsel 199, 00 Br., 195, 00 Gd.

Hamburg, 28. März, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine still. Roggen loco still, auf Termine fest. Weizen per April-Mai 177 Br., 176 Gd., per Mai-Juni 180 Br., 179 Gd. Roggen per April-Mai 120 Br., 119 Gd., per Mai-Juni 122 Br., 121 Gd. Hafer still, Gerste ruhig, Rüböl ruhig, loco 60½, per Mai 60. Spiritus flau, per März 40 Br., per April-Mai 40 Br., per Mai-Juni 40 Br., per Juni-Juli 41 Br. Kaffee fest, Umsatz 2500 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 9, 15 Br., 9, 00 Gd., per März 9, 00 Gd., per August-December 9, 80 Gd. — Wetter: Schön.

Liverpool, 28. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Fest. Tagesimport 7000 B., davon 4000 B. amerikanische, 3000 B. egyptische.

Liverpool, 28. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Upland good ordinary 5⅝, Upland low middl. 5¾, Upl. midding 5⅞, Domra fair 4 9/16, do. good fair 4 15/16, do. good 5 3/16.

Lieferung März-April 5⅞, April-Mai 5⅞.

Manchester, 28. März, Nachm. 12r Water Armitage 6¾, 12r Water Taylor 7¼, 20r Water Michholls 8, 30r Water Gidlow 8⅜, 30er Water Clayton 9⅜, 40r Mule Mayoll 8½, 40r Medio Wilkinson 9¾, 36r Warpcops Qualität Rowland 8⅞, 40r Double Weston 9½, 60r Double Weston 13, Printers 16/16 34/50 8½pfd. 87. — Steigend.

Petersburg, 28. März, Nachm. 5 Uhr. [Schlußcourse.] Wechsel London 3 M. 23⅜, do. Hamburg 3 M. 199¾, do. Amsterdam 3 M. —,—, do. Paris 3 M. 246¾, Russische Prämien-Anleihe de 1864 (gest.) 236¾, do. de 1866 (gest.) 233, Russ. Anl. de 1873 134⅝, 1877er Russen —, ½-Impérials 8, 43, Große Russ. Eisenbahnen 246, Russ. Boden-credit-Pfandbriefe 123½, II. Orient-Anleihe 93¾. Privatdiscont 3¾%.

Petersburg, 28. März, Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 63, 00. Weizen loco 13, 75. Roggen loco 7, 75. Hafer loco 4, 75. Hanf loco —, —. Leinsaat (9 Pud) loco 15, 75. — Wetter: Heiter.

Pest, 28. März, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco geringer Verkehr, Termine ruhig, per Frühjahr 8, 62 Gd., 8, 67 Br. — Hafer per Frühjahr 5, 60 Gd., 5, 65 Br. — Mais (Banat) per Frühjahr 4, 95 Gd., 4, 97 Br. — Wetter: —.

Paris, 28. März, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen matt, per März 27, 25, per April 27, 25, per Mai-Juni 27, 75, per Mai-August 27, 75. Mehl weichend, per März 60, 00, per April 60, 00, per Mai-Juni 60, 50, per Mai-August 60, 50. Rüböl matt, per März 83, 00, per April 83, 00, per Mai-August 84, 00, per September-December 85, 50. — Spiritus weichend, per März 55, 75, per September-December 57, 00. — Wetter: Bedeckt.

Paris, 28. März, Nachmittags. Rohzucker matt, Nr. 10/13 pr. März pr. 100 Kilgr. 49, 50, Nr. 7/9 pr. März per 100 Klgr. 55, 25. — Weißer Zucker matt, Nr. 3 per 100 Klgr. per März 59, 00, per April 59, 25, per Mai-August 60, 00.

London, 28. März. Havannazucker Nr. 12 21¾. Matt.

Antwerpen, 28. März, Nachmittags. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen unverändert. Hafer still. Gerste behauptet.

Antwerpen, 28. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 22½ bez. u. Br., per April 22½ Br., per September 24¼ Br., per September-December 25 Br. — Fest.

Bremen, 28. März, Nachmittags. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 8, 75 bez., per April 8, 80, per Mai 8, 85, per August-December 9, 50.

Berlin, 27. März. [Versicherungsgesellschaften.] Der Cours versteht sich in Mark per Stück franco Zinsen, die Dividendenangaben in Procenten des Baareinschusses.

Name der Gesellschaft.	Div. pr. 1877.	Div. pr. 1878.	Appoints à	Einzahlung.	Cours.
Aachen-Münchener Feuer-Vers.-G.	70	—	1000 Thl	20%	7825 G.
Aachener Rückversich.-Ges.	45	—	400 „	„	1844 B.
Berl. Land- u. Wassertransp.-V.-G.	25	—	500 „	„	750 G.
Berl. Feuer-Versich.-Anstalt	30	21	1000 „	„	2000 B.
Berl. Hagel-Assecuranz-Ges.	11⅓	20	1000 „	„	690 B.
Berl. Lebens-Versich.-Ges.	25⅚	—	1000 „	„	2950 G.
Berlin-Kölner Feuer-Vers-Ges.	6	—	1000 „	„	753 G.
Colonia, Feuer-Versich.-G. zu Köln	55	—	1000 „	„	6200 G.
Concordia, Lebens-V.-G. zu Köln	16	—	1000 „	„	1800 G.
Deutsche Feuer-V.-G. zu Berlin	0	6	1000 „	„	600 G.
Deutscher Lloyd	10	—	1000 „	„	650 G.
Deutscher Phönix	38⅖	36⅙	1000 500 Fl	„	1817 G.
Deutsche Transport-Versich.-Ges.	0	—	1000 Thl	„	570 B.
Dresdener allg. Transport-V.-Ges.	50	—	1000 „	10%	1375 G.
Düsseldorfer allg. Transport-V.-G.	50	—	1000 „	„	1340 G.
Elberfelder Feuer-Versich.-Ges.	40	—	1000 „	20%	3700 G.
Fortuna, allg. V.-Act.-G. zu Berlin	6	—	1000 „	„	1075 B.
Germania, Lebens-V.-G. zu Stettin	13⅓	13⅓	500 „	„	600 G.
Gladbacher Feuer-Versich.-Ges.	15	10	1000 „	„	1510 bez.
Kölnische Hagel-Versich.-Ges.	6	18	500 „	„	375 G.
Kölnische Rückversich.-Ges.	10	—	500 „	„	450 G.
Leipziger Feuer-Versich.-Ges.	100	—	1000 „	20%	8600 bz. incl.
Magdeburger Allg. Versich.-Ges.	5¾	—	100 „	voll	310 B.
Magdeburger Feuer-Vers.-Ges.	22⅚	40	1000 „	20%	2115 bez. G.
Magdeburger Hagel-Versich.-Ges.	7	20	500 „	„	298 B.
Magdeburger Lebens-Versich.-Ges.	0	10	500 „	„	300 B.
Magdeburger Rückversich.-Ges.	9⅚	11	100 „	voll	461 B.
Niederrh. Güter-Assec.-G. zu Wesel	43⅓	—	500 „	10%	860 G.
Nordstern, Lebens-V.-G. zu Berlin	9¾	16	1000 „	20%	1135 G.
Oldenburger Versich.-Ges.	7	4	500 „	„	280 B.
Preuß. Hagel-Versich.-Ges.	5	15	500 „	„	305 B.
Preuß. Lebens-Versich.-Ges.	7	—	500 „	„	330 G.
Preuß. National-V.-G. zu Stettin	20	18	400 „	25%	795 B.
Providentia, V.-G. zu Frankf. a. M	22⅙	23⅓	1000 Fl.	10%	802 G.
Rheinisch-Westfälischer Lloyd	20	—	1000 Thl	„	750 G.
Rheinisch-Westfäl. Rückversich.-Ges.	16	—	500 „	„	283 G.
Sächsische Rückversich.-Ges.	50	—	500 „	5%	290 B.
Schlesische Feuer-Versich.-Ges.	25	—	500 „	20%	900 G.
Thuringia, Versich.-G. zu Erfurt.	12½	—	1000 „	„	1400 G.
Union, allg. deutsche Hagel-Versich.-Ges. in Weimar	10	16⅔	500 „	„	380 G.
Victoria zu Berlin, Allgem. Vers.-Actien-Ges.	24	—	1000 „	„	2000 G.

§ **Breslau,** 28. März. [Submission auf Klempnerarbeiten. Zur öffentlichen Submission standen bei der Garnisonverwaltung in Frankfurt a. O. die bedeutenden Klempnerarbeiten zum Neubau einer Infanterie-Kaserne und zwar 1) zum Hauptgebäude, veranschlagt auf 12401,34 Mark, 2) zu den Nebengebäuden, veranschlagt auf 4990,98 Mark. Es betheiligten sich an der Submission auch mehrere Breslauer Firmen, und es ist bemerkenswerth, wie weit sich die verlangten Preise von den Anschlagssummen entfernten; die Mindestforderung blieb ad 1 30, ad 2 25 Procent unter dem Anschlage, während die höchste Forderung ad 1 86, ad 2 43⅓ Procent über Anschlag betrug. Es offerirten Procent unter dem Anschlage: Wer und Glienicke in Berlin ad 1 10, ad 2 1, Quandt in Berlin 26 und 19, Otto Wenisch, Breslau, 21 und 23, Mulack, Berlin, 30 und 25, Riediger, Breslau, ad 2 20, Heine in Berlin offerirte ad 2 zum Anschlage. Ueber Anschlag verlangten Procent: Eichler in Frankfurt a. O. 75 und 46, Paarmann jun, dort, 7¼ und 43⅓, Weisse, dort, 70 und 15, Paarmann und

Sohn, dort, 20 und 10, Glogau in Thorn 2 und 2, F. Schillner in Berlin 32 und 32, S. Friedeberg in Breslau 37 7/10 und 34, Hähndel in Wahlstatt 74 und 36, B. Hauer in Dresden 42 und 33, Herberger in Frankfurt ad 1 71⅔, Heine, dort, ad 1 86, Münz, dort, ad 1 2.

Berliner Börse vom 28. März 1879.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	97,70 bz
Consolidirte Anleihe	4½	105,75 bzG
do. do. 1876	4	98,10 bz
Staats-Anleihe	4	97,70 bz
Staats-Schuldscheine	3½	92,10 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	153,90 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,40 G
Pfandbriefe: Berliner	4½	102,10 bzG
Pommersche	3½	85,60 bz
do.	4	96,00 bz
do.	4½	102,90 bzG
do. Lndsch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	96,20 bzG
Schlesische	3½	87,80 G
Ldschaftl. Central	4	96,20 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	97,50 bz
Pommersche	4	97,20 bz
Posensche	4	97,20 bz
Preussische	4	97,30 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	98,90 bz
Sächsische	4	97,80 bz
Schlesische	4	98,20 bz
Badische Präm.-Anl.	4	126,25 bz
Baierische 4% Anleihe	4	125,60 bzG
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	123,50 bzG
Sächs. Rente von 1876	3	74,20 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	109,00 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	96,25 bzG
do. do.	5	102,00 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,00 bzG
do. do. do.	5	101,25 bz
Künd br. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,50 G
Unkünd. do. (1872)	5	103,60 bzB
do rückzb. à 110	5	109,00 bz
do. do. do.	4½	100,40 G
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	101,40 bzG
Künd b. Hyp. Schuld. do.	5	100,00 G
Hyp.-Anth. Nord-G. C-B	5	93,00 G
do. do. Pfandbr.	5	91,60 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	98,75 G
do. do. II. Em.	5	92,00 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	109,25 bzG
do. do. II. Em.	5	106,80 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	100,90 bzG
do. 4½ do. do. m. 110	4½	95,25 G
Meininger Präm.-Pfdb.	4	112,00 bzG
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	99,00 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	101,75 G
do. do.	4½	97,50 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	103,50 G
do. do. 4½%	4½	100,25 bzG

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1/1. 1/7.)	4⅕	56,00 G
do. (1/4. 1/10.)		55,90 bzG
do. Goldrente	4	66,70 bz
do. Papierrente	4⅕	56,00 G
do. 54er Präm.-Anl.	4	108,25 bz
do. Lott.-Anl. v. 60	5	115,50 bzG
do. Credit-Loose	fr.	314,80 bz
do. 64er Loose	fr.	276,00 bzG
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	147,25 bz
do. do. 1866	5	145,10 bz
do. Orient-Anl. v. 1877	5	57,90 bz
do. II. do. v. 1878	5	57,90 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	75,60 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfd.	5	78,25 bz
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	82,00 bzG
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	61,90 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	54,90 bzG
Amerik. rückz. p. 1881	6	102,75 bzG
do. do. 1885	6	— —
do. 5% Anleihe	5	101,70 bz
Ital. 5% Anleihe	5	78,25 bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	102,80 bz
Raab-Grazer 100 Thlr. L	4	79,40 bzG
Rumänische Anleihe	8	104,80 bzG
Türkische Anleihe	fr.	12,10 bzG
Ungar. Goldrente	6	74,90-75 ebzG
do. Loose (M. p. St.)	fr.	171,50 bzG
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	75,60 bzG
do. Schatzanw.	6	— —
do. do. II. Abth.	6	104,25 G
Schwedische 10 Thlr.-Loose		—
Finnische 10 Thlr.-Loose		41,10 G
Türken-Loose		37,75 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	101,75 bzG
do. III. v. St. 3½ g.	3½	87,50 bzG
do. do. VI.	4½	101,00 G
do. Hess. Nordbahn	5	104,80 G
Berlin-Görlitz	5	102,60 G
do.	4½	95,60 G
do. Lit. C.	4½	92,50 B
Bresl-Freib. Lit. E.	4½	100,25 bzB
do. Lit. G.	4½	95,40 bzB
do. Lit. H.	4½	98,75 bz
do. do. J.	4½	98,75 bz
do. do. K.	4½	98,75 bz
do. von 1876.	5	102,80 G
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	94,75 bz
do. Lit. B.	4½	— —
do. IV.	4	95,50 bzG
do. V.	4	94,75 bzG
Halle-Sorau-Guben	4½	102,50 bzG
Hannover-Altenbeken.	4½	98,50 B
Märkisch-Posener	5	101,00 G
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	97,00 G
do. do. II. Ser.	4	95,25 B
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,25 G
do. do. III. Ser.	4	96,00 B
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	95,20 G
do. D.	4	95,20 G
do. E.	3½	87,80 G
do. F.	4½	101,40 G
do. G.	4½	101,00 bz
do. H.	4½	102,00 bzG
do. von 1869.	5	101,70 bz
do. von 1873.	4	— —
do. von 1874.	4½	101,00 G
do. Brieg-Neisse	4½	90,60 G
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	102,80 bz
do. Stargard-Posen	4	95,25 B
do. do. II. Em.	4½	100,75 G
do. do. III. Em.	4½	100,75 G
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	83,50 bzB
Ostpreuss. Südbahn	4½	99,75 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	101,60 bzG
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Charkow-Asow gar.	5	89,00 bz
do. do. in Pfd. Sterl. à 20 Mark gar.	5	— —
Charkow-Krementsch. gar.	5	87,30 B
do. do. in Pfd. Sterl.	5	82,30 G
Dux-Bodenbach	fr.	76,60 G
do. II. Emission	fr.	63,10 G
Prag-Dux	fr.	25,40 bzG
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	87,70 bzG
do. do. neue	5	86,80 G
Kaschau-Oderberg	5	63,90 bz
Ung. Nordostbahn	5	59,70 bz
Ung. Ostbahn	5	56,60 bzG
Lemberg-Czernowitz	5	69,40 bz
do. do. II.	5	76,60 bzG
do. do. III.	5	64,60 bz
do. do. IV.	5	60,20 G
Mährische Grenzbahn	5	57,60 B
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	19,25 bzG
do. II.	fr.	— —
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	69,60 bz
Oesterr.-Französische	3	352,75 bzG
do. do. II.	3	345,00 G
do. südl. Staatsbahn	3	250,00 bzB
do. neue	3	250,60 bzB
do. Obligationen	5	87,70 bzG
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	83,30 bz
Warschau-Wien II.	5	98,50 bzG
do. III.	5	97,30 G
do IV.	5	88,50 bz
d V.	5	86,10 bz

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3½	169,40 bz
do. do.	2 M.	3½	168,40 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2½	20,39 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	81,00 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	197,90 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	198,50 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	173,90 bz
do. do.	2 M.	4½	173,00 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 263,00 bzG
Badische 35 Fl.-Loose 163,75 G
Braunschw. Präm.-Anleihe 83,80 bz
Oldenburger Loose 145,60 bzG

Ducaten 9,59 bz	Dollars 4,185 G
Sover. 20,43 G	Oest. Bkn. 174,10 bz
Napoleon 16,21 bz	do. Silbergd — —
Imperials 16,67 G	Russ. Bkn. 198,70 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1877	1878		
Aachen-Mastricht	½	—	4	16,75 bz
Berg.-Märkische	3⅓	—	4	83-83,90 bz
Berlin-Anhalt	5¾	5	4	88,25 bzG
Berlin-Dresden	0	—	4	8,10 bzB
Berlin-Görlitz	0	0	4	16,50 bzG
Berlin-Hamburg	11½	—	4	174,50 bz
Berl.-Potsd-Magdb	3½	—	4	84,75 bzG
Berlin-Stettin	7 1/10	3⅕	4	97,50 bzG
Böhm. Westbahn	5	5	5	78,00 bzG
Bresl.-Freib.	2½	3¼	4	67,50 bzG
Cöln-Minden	5 1/20	—	4	108,50 bz
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	25,00 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	9 2/7	—	4	99,75 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	15,20 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	4	13,90 bz
Kaschau-Oderberg	4	4	5	46,75 bzG
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	58,90 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	184,00 B
Märk.-Posener	0	0	4	22,25 bzG
Magdeb.-Halberst.	8	—	4	124,00 bzG
Mainz-Ludwigsh.	5	—	4	72,90 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	97,25 bz
Oberschl. A. C. D. E.	8½	—	3½	129,75 bzG
do. B.	8½	—	3½	129,75 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	6	—	4	448,30-47,00
Oest. Nordwestb.	4,15	—	5	212,50 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	0	0	4	120,50-121,50
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	47,5 bzB
Rechte-O.-U.-B.	6⅓	—	4	114,80 bzG
Reichenberg-Pard.	4	4	4½	33,80 bz
Rheinische	7	—	4	110,60 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	95,75 bz
Rhein-Nahe-Bahn.	0	0	4	8,90 bz
Rumän. Eisenbahn	2	—	4	30,80-30 bz
Schweiz Westbahn	0	0	4	15,50 G
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101,50 G
Thüringer Lit. A.	7½	—	4	117,00 bz
Warschau-Wien.	5	—	4	177,70 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	—	5	19,30 bzG
Berlin-Görlitzer	0	0	5	42,10 bzG
Breslau-Warschau	0	0	5	39,25 G
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	44,25 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	29,50 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	18,75 bz
Märkisch-Posener	4½	—	5	89,40 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	79,50 bzB
do. Lit. C.	5	5	5	107,60 bzG
Ostpr. Südbahn	5	5	5	92,00 bzG
Rechte-O.-U.-E.	6⅓	—	5	117,50 bzB
Rumänier	8	8	8	84,40 bz
Saal-Bahn	0	0	5	19,30 bzG
Weimar-Gera	0	0	5	15,75 bzG

Bank-Papiere.

Alg. Deut. Hand.-G.	2	2	4	26,75 G
Anglo Deutsche Bk.	0	0	4	— —
Berl. Kassen-Ver.	8 4/15	8 9/10	4	— —
Berl. Handels-Ges.	0	0	4	59,25 bzG
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	6	6	4	66,00 B
Braunschw. Bank.	3	4½	4	81,90 bzB
Bresl. Disc.-Bank.	3	—	4	68,00 bz
Bresl. Wechslerb.	5½	5⅔	4	77,75 bzG
Coburg. Cred.-Bnk.	5	4½	4	69,50 G
Danziger Priv.-Bk.	0	5⅙	4	107,50 G
Darmst. Creditbk.	6¾	6¾	4	119,90 bz
Darmst. Zettelbk.	5¾	5¼	4	101,50 bzB
Deutsche Bank	6	6½	4	107,50 bz
do. Reichsbank	6,29	6,3	4½	153,00 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	6¼	4	83,50 bzG
Disc.-Comm.-Anth.	5	6½	4	138,30 bz
do. ult.	5	6½	4	138,25-38,50
Genossensch.-Bnk.	5½	5½	4	94,00 bzG
do. junge	5½	5½	4	96,00 bzG
Goth. Grundcredb.	8	6	4	85,30 bzG
do. junge	8	6	4	89,50 bzG
Hamb. Vereins-B.	10 5/9	7¾	4	121,50 G
Hannov. Bank	6	5½	4	— —
Königsb. Ver.-Bnk.	6	6	4	83,80 bzG
Ldw.-B. Kwilecki.	0	—	4	53 G
Leipz. Cred.-Anst.	5⅔	6⅔	4	120,10 bzG
Luxemburg. Bank	6½	7½	4	112,00 bzB
Magdeburger do.	5 9/10	6 3/10	4	110,00 B
Meininger do.	2	2½	4	77,75 bzG
Nordd. Bank	8½	8⅘	4	137,75 B
Nordd. Grundcr.-B.	5	6	4	45,50 G
Oberlausitzer Bk.	3	4	4	69,80 G
Oest. Cred.-Actien	8⅛	8¾	4	436-38½
Posener Pro.-Bank	6½	4	4	— —
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	5	4	76,50 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	118,50 bzG
Sächs. Bank	5¾	5¾	4	107,10 bz
Schl. Bank-Verein	5	5	4	89,80 bzG
Weimar. Bank	0	—	4	34,25 bzG
Wiener Unionsbk.	3½	5	4	137 G

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	4,00 G
Berl. Bankverein	—	—	fr.	30 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	— —
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	30 G
Gwb. Schuster u. C.	—	—	fr.	— —
Moldauer Lds.-Bk.	—	—	fr.	— —
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Sächs. Cred.-Bank	—	—	fr.	107,25 bz
Schl. Vereinsbank	—	—	fr.	63,00 G
Thüringer Bank	0	—	fr.	80,00 G

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd-A.	—	—	fr.	— —
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	11,75 bzG
do. Reichs-u. Co.-B.	0	—	4	74,75 bzG
Märk. Sch. Masch. G	0	—	4	25,50 bzG
Nordd. Gummifab.	4	4	4	51,00 G
Westend. Com.-G.	—	—	fr.	0,40 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	8	—	4	— —
Schles. Feuervers.	25	—	fr.	960 G
Donnersmarkhütt.	3	—	4	24,75 bz
Dortm. Union	0	—	4	7,90 bzB
do. abgest.	0	—	4	11,25 G
Königs- u. Laurah.	2	—	4	67,30 bz
Lauchhammer	0	—	4	23,50 G
Marienhütte	3	—	4	43,00 G
Cons. Redenhütte	—	—	4	69 G
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	8,50 G
Schl. Zinkh.-Actien	6½	—	4	77,75 G
do. St.-Pr.-Act.	6½	—	4	88,60 bz
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4½	40,00 B
Vorwärtshütte	0	—	4	5,25 bz
Baltischer Lloyd	—	—	4	5 G
Bresl. Bierbrauer.	0	—	fr.	— —
Bresl. E.-Wagenb.	1	5⅓	4	61,00 bzG
do. ver. Oelfabr.	5	—	4	50,25 G
Erdm. Spinnerei	0	0	4	18,00 G
Görlitz. Eisenb.-B.	4	—	4	60,10 bzG
Hoffm.'s Wag. Fabr.	0	—	4	18,00 B
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	30,90 bzG
Schl. Leinenind.	4	—	4	67,25 bzG
do. Porzellan	1½	1½	4	26,40 bz
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	17,50 G

Bank-Discont 3 pCt.
Lombard-Zinsfuss 4 pCt.

Berlin, 28. März. [Producten-Bericht.] Das Wetter ist fortdauernd sehr rauh, der Himmel leicht bedeckt. — Für Roggen war im Gegensatz zu gestern die Stimmung heute recht fest und die Preise besserten sich unter mäßigem Umsatz auf Termine bemerkbar. Anscheinend sind Kaufordres für Herbst in größerem Umfange hierher gelangt; die sich mehrenden Klagen über den Stand der Felder erhalten dadurch Nachdruck. Waare ist knapp, der Begehr bleibt daher unbefriedigt. — Roggenmehl begehrt und entschieden höher. — Weizen sehr still, aber doch zum Schluß fester als im Beginn der Börse. — Hafer loco matt. Termine ruhig. — Rüböl wenig angeboten, hat sich im Preise etwas gebessert, der Umsatz blieb jedoch recht schwach. — Petroleum unverändert still. — Spiritus wurde durch einige Deckungskäufe für nahe Lieferung etwas befestigt, Umsatz und Fortschritt der Preise hielten sich freilich in sehr bescheidenen Grenzen.

Weizen loco 155—195 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber märk. — M. ab Bahn bez., per März — M. bez., per April-Mai 175½—176—175½ Mark bez., per Mai-Juni 179 M. bez., per Juni-Juli 183 M. bez., per Juli-August — M. bez., per September-October 189 M. bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Roggen loco 116 bis 130 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russ. — Mark, inländischer 126—128 M., feiner inländ. — Mark ab Bahn bez., per März — Mark bez., per April-Mai 121¼—122½—122 Mark bez., per Mai-Juni 121¼—122½—122 Mark bez., per Juni-Juli 124—124½ Mark bez., per Juli-August 125½—126½ M. bez., per September-October 128—128½ M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Mais loco 119—123 Mark nach Qualität gefordert, rumänischer 119½ Mark ab Bahn bez. — Hafer loco 103 bis 138 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 105—117 Mark bez., russischer 105 bis 117 Mark bez., pommerscher 115 bis 119 Mark bez., schlesischer 115 bis 122 Mark bez., böhmischer 115 bis 122 Mark, feiner weißer pomm. und mecklenburgischer 120 bis 123 M. ab Bahn bez., per März — M. bez., per April-Mai 116½ Mark bez., per Mai-Juni 119 Mark bez., per Juni-Juli 122 Mark bez., per Juli-August 123 Mark bez. Gek. — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sack per März 17,30 bis 17,45 Mark bez., per März-April 17,30—17,45 Mark bez., per April-Mai 17,30—17,40 M. bez., per Mai-Juni 17,45—17,60 M. bez., per Juni-Juli 17,55 bis 17,70 Mark bez., per Juli-August 17,80—17,90 Mark bez., per September-October — M. bez. Gekünd. — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Rüböl pro 100 Kilo loco mit Faß — M. bez., ohne Faß 58,4 M. bez., per März 58,6 Mark bez., per März-April 58,6 Mark bez., per April-Mai 58,7—58,9—58,8 Mark bez., per Mai-Juni 59 Mark bez., per Juni-Juli — M. bez., per September-October 60,8 Mark bez. Gekündigt 300 Ctr. Kündigungspreis 58,7 Mark. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 20,2 Mark bez., per März 19,9 Mark bez., per März-April 19,9 Mark bez., per April-Mai — Mark bez., per September-October 23,2 Mark Gd., per August-December — Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Spiritus loco ohne Faß 51,4 M. bez., per März — M. bez., per März-April — M. bez., per April-Mai 51,5—51,7 M. bez., per Mai-Juni 51,6 bis 51,8 Mark bez., per Juni-Juli 52,5—52,6 Mark bez., per Juli-August 53,5—53,6 Mark bez., per August-September 53,9—54 Mark bez. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — M.

Breslau, 29. März, 9¼ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen von keiner Bedeutung, bei mäßigem Angebot Preise fast unverändert.

Weizen in matter Stimmung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 14,40 bis 16,80—17,60 Mark, gelber 14,30—16,50 bis 17,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, nur zu notirten Preisen gut verkäuflich, pr. 100 Kilogr. 10,80 bis 11,70—12,10 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste, feine Qualitäten gut gefragt, pr. 100 Kilogr. 11,50 bis 13,40 Mark, weiße 13,30—14,20 Mark.

Hafer in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 9,40—10,00—10,60 bis 12,00 Mark.

Mais schwach gefragt, pr. 100 Kilogr. 9,60—10,20—10,70 Mark.

Erbsen gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 11,60—12,80—14,00—14,80 Mark, Victoria- 14,80—16,30—17,50 Mark.

Bohnen ohne Frage, pr. 100 Kilogr. 15,50—16,50—18 Mark.

Lupinen unverändert, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,50 — 7,80 — 8,10 Mark, blaue 7,30—7,60—8,00 Mark.

Wicken stärker angeboten, pr. 100 Kilogr. 10,20—10,80—11,40 Mark.

Oelsaaten schwach offerirt.

Schlaglein sehr fest.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.						
Schlag-Leinsaat	26	25	24	50	23	50
Winterraps	26	25	25	50	24	50
Winterrübsen	25	75	25	—	24	50
Sommerrübsen	25	75	25	—	24	50
Leindotter	21	50	20	50	20	—

Rapskuchen gut behauptet, pr. 50 Kilogr. 6,50—6,70 Mark.

Leinkuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 8,70—8,90 Mark.

Kleesamen schwächer angeboten, rother unverändert, pr. 50 Kilogr. 33—36—40—43 Mark, weißer ruhiger, pr. 50 Kilogr. 39—5054—60 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee ruhig, pr. 50 Kilogr. 12,50—14—17—19,50 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 24,00—26,00 Mark, Roggen fein 19,00—20,00 Mark, Hausbacken 17,50—18,50 Mark, Roggen-Futtermehl 8—9 Mark, Weizenkleie 7,00—7,50 Mark.

Heu 2,60—3,00 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 19,00—21,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

März 28., 29.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme	+ 0°,7	0°,0	— 0°,4
Luftdruck bei 0°	330''',65	331''',44	331''',95
Dunstdruck	1''',87	1''',85	1''',88
Dunstsättigung	88 pCt.	92 pCt.	97 pCt.
Wind	NO. 1.	O. 1.	O. 1.
Wetter	Schnee u. Regen.	bedeckt.	bedeckt, Nebel.

Breslau, 29. März. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 4 Cm. U.-P. — M. 50 Cm.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 28. März. Der feierliche Leichenconduct zur Ueberführung der Leiche des Prinzen Waldemar nach Potsdam setzte sich heute Abends 8 Uhr von der Einfahrt des kronprinzlichen Palais aus in Bewegung. Voran ritt die Hälfte der Leib-Compagnie der Gardes du Corps, welchen der Hofmarschall Graf Eulenburg folgte; sodann kam der sechsspännige offene Leichenwagen mit der Leiche des Prinzen. Zur Seite desselben ritten ein Offizier der Gardes du Corps und ein Stallmeister des Kronprinzen. Auf beiden Seiten des Leichenwagens gingen kronprinzliche Diener mit brennenden Fackeln; hinter dem Leichenwagen folgte in einem Wagen der Kronprinz, die Kronprinzessin und Prinz Wilhelm, dann kam ein Wagen mit den Erziehern des Verstorbenen, Oberst Mischke und Dr. Delbrück, ein zweiter Wagen mit Hofdamen, mehrere andere Hofwagen, zum Schluß wieder ein Zug Garde du Corps. Der Zug bewegte sich die rechte Seite der Linden entlang durch das Brandenburger Thor, die Siegesallee, die Victoriastraße, die Potsdamerstraße nach Zellendorf. Das kronprinzliche Paar mit dem Prinzen Wilhelm verließen den Zug an der Potsdamer Brücke, fuhren per Bahn nach Potsdam, stiegen im Stadtschloß ab und erwarteten den Leichenzug bei seiner Ankunft in der Friedenskirche.

Wiesbaden, 28. März. Der Communallandtag hat beschlossen, Ihren k. k. Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin seine Theilnahme an dem herben Verluste auszudrücken, der sie betroffen. — Ferner wurde beschlossen, anläßlich der bevorstehenden Feier der goldenen Hochzeit Sr. Majestät des Kaisers 50,000 Mark für die Wittwen- und Waisenstiftung der Beamten des Communalverbandes zu bewilligen.

Wien, 28. März. Die „Friedensfreunde" hielten heute eine zahlreich besuchte Versammlung behufs Wahl eines Delegirten für das Pariser Comite. Die Berathung wird am Montag fortgesetzt.

Wien, 28. März. Die „Polit. Corr." schreibt: Dr. Kiemann telegraphirt aus Wetljanka von gestern, daß sich das erkrankte zehnjährige Mädchen zeitweise schon außer Bett befinde, daß neue Erkrankungen nicht vorgekommen seien, daß die Demolirung und Verbrennung der verseuchten Häuser fortdauere und daß er morgen nach Samianowska in Quarantäne gehe, um sich daselbst der Commission wieder anzuschließen.

Wien, 28. März. Meldungen der „Polit. Corresp." aus Konstantinopel: Die ostrumelische Commission soll erst 8 Tage nach Beendigung ihrer Arbeiten hierher zurückkehren, sich aber nicht auflösen. Der französische Botschafter Fournier tritt seine Reise nach Paris am 1. k. Mts. an. — Aus Scutari: Es bestätigt sich, daß die türkischen Behörden eine ziemlich weit verzweigte Verschwörung der Albanesen gegen die Autorität des Sultans entdeckt haben und dem Ausbruche der anscheinend gefährlichen Bewegung durch die Verhaftung zahlreicher Notabeln zuvorgekommen sind. Es wird nur das Eintreffen bedeutender Truppenverstärkungen erwartet, um die Entwaffnung der Albanesen vorzunehmen. — Nach einem ausführlichen Berichte der „Pol. Corresp." aus Philippopel hatte der Finanzinspector Schmidt beabsichtigt, seine Inspectionsreise bis Burgas auszudehnen, war aber, auf Abrathen des Generals Stolypin, welcher ein ernstes bewaffnetes Einschreiten für unmöglich erklärte, mit dem französischen Commissär Coutouly am 25. d. Mts. nach Philippopel zurückgekehrt, wo Finanzinspector Schmidt alsbald seine Demission erklärte. Der französische Commissar Coutouly erstattete der Commission über die Vorfälle in Slivno Bericht und die Commission faßte hierauf den bereits bekannten Beschluß, daß sie den Art. 19 des Berliner Vertrages nicht durchzuführen vermocht habe.

Bern, 28. März. Die Räthe einigten sich und zwar der Ständerath mit 27 gegen 13, der Nationalrath mit 76 gegen 49 Stimmen auf die Beseitigung des Artikels 65 der Verfassung und Ersetzung durch folgenden Artikel: Wegen politischer Vergehen darf kein Todesurtheil gefällt werden, körperliche Strafen sind untersagt." Somit ist das unbedingte Verbot der Todesstrafe aufgehoben. Der Beschluß unterliegt der Volksabstimmung.

Neapel, 28. März. Der Cassationshof verwarf heute die von Passanante eingereichte Nichtigkeitsbeschwerde.

Paris, 28. März. Der „Agence Havas" wird aus Konstantinopel telegraphirt, die Pforte hätte, um sich bei Conflicten von der Verantwortlichkeit frei zu machen, der gemischten Occupation Ostrumeliens zugestimmt.

Paris, 28. März. Die heutige Versammlung der Bureaux der Linken im Senat und in der Kammer, welcher das Bureau des linken Centrums des Senats nicht beiwohnte, beschloß, die Thätigkeit des Congresses lediglich auf die Frage der Rückkehr der Kammern nach Paris zu beschränken. Die Majorität der Commission des Senats scheint gewillt, den Widerspruch gegen jede Verfassungsänderung aufrecht zu erhalten.

London, 28. März. Die „Amtliche Gazette" macht bekannt, die Hoftrauer anläßlich des Ablebens des Prinzen Waldemar währe vom 30. März bis 13. April. — Clarke ist zum englischen Commissar bezüglich der Feststellung der türkischen Grenze in Asien ernannt.

London, 28. März. Unterhaus. Der Parlaments-Unterstaats-Secretär im Departement für Indien, Stanhope, erklärte auf eine Anfrage Forster's, der Regierung sei keine Nachricht aus Indien zugegangen, daß die Unterhandlungen mit Jakub Khan abgebrochen seien und daß der Vormarsch nach Kabul anbefohlen sei. Die Nachrichten der Regierung stimmten mit den bezüglichen Nachrichten des „Standard" nicht überein.

London, 28. März. In Folge des Ablebens des Prinzen Waldemar von Preußen ist der nächste Empfang bei Hofe bis nach Ostern verschoben worden.

Konstantinopel, 27. März. Nach officiellen Berichten zeigt die verhältnißmäßig ruhige Haltung der bulgarischen Bevölkerung in den von den russischen Truppen geräumten Ortschaften jetzt, daß man die Gefahren überschätzt hatte, welche der Rückzug der Occupations-Armee für das Land mit sich bringen würde. Ueberall ist es den türkischen Behörden gelungen, in ihren betreffenden Districten die Ordnung vollkommen aufrecht zu erhalten, ohne daß dabei jedoch die Festigkeit und Wachsamkeit außer Acht gelassen worden ist, welche der Charakter der gegenwärtigen, gewissermaßen einen Uebergang bildenden Situation gebietet.

Literarisches.

* Mit dem soeben erschienenen April-Hefte beginnt die verbreitetste und älteste unserer Revuen — **Westermann's Illustrirte Deutsche Monatshefte** — ihren 46 Band. Dieses Aprilheft ist eine der besten und inhaltsreichsten Nummern der beliebten Zeitschrift, und wir begnügen uns deshalb einfach damit, diesen Inhalt selbst anzugeben. Das Heft enthält folgende Beiträge: Theodor Storm: „Der Finger". Eine Erzählung; Maurus Jókai: „Der Gefangene der Sieben Thürme". Eine Erzählung; Karl Frenzel: „Karl Gutzkow", ein Charakterbild mit Portrait. Johannes Overbeck: „Die olympische Nike des Paeonios von Mende", mit vier Illustrationen; Wilhelm Scherer: „Göthe's Iphigenie in Delphi"; Friedrich Vischer: „Luigi Borro", mit Portrait; Friedrich Spielhagen: „Erinnerungen aus meinem Leben. Erste Freundschaft"; Hermann Vámbéry: „Land und Leute in Afghanistan"; Contre-Admiral Reinhold Werner: „Eine Zuckerplantage auf Cuba"; J. E. Wessely: „Ein Wort über lebende Bilder"; „Literaturbrief". Diese Inhaltsangabe mag genügen, um von Neuem jeder gebildeten deutschen Familie, die eine gute und solide Lectüre wünscht, die „Westermannschen Monatshefte" angelegentlichst zu empfehlen.

Die Nr. 12 der „Gegenwart" von Paul Lindau, Verlag von Georg Stilke in Berlin, enthält: Englands südafrikanische Verlegenheit. Von Friedrich von Hellwald. — China und seine politische Stellung zur Außenwelt. Von B. M. (Schluß.) — Literatur und Kunst: Nicht die Rose, nein, die Rebe. Von Friedrich Hornfeck. — Göthe und Charlotte Kestner. Von Hermann Kindt. — Fürst Wjäsemski. I. — Notizen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.